

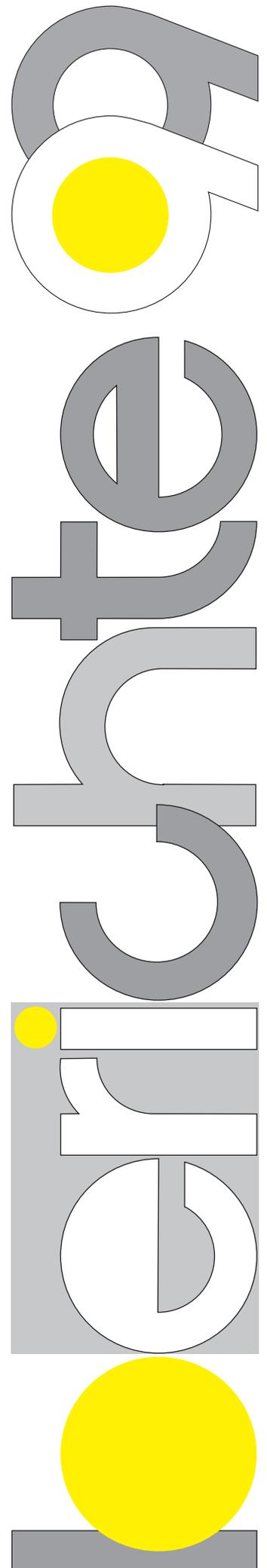


Deutsches Institut für Urbanistik

Inhalt:

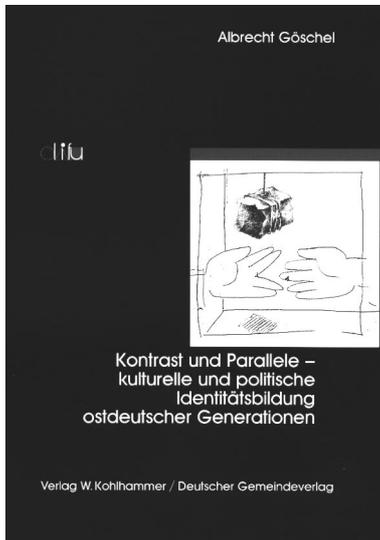
- Kontrast und Parallele – Studie: Kulturelle und politische Identitätsbildung ostdeutscher Generationen 2
- Ökologisch orientierte Wirtschaftspolitik – ein neues kommunales Handlungsfeld 6
- Städtebauliche Großvorhaben in der Umsetzung 10
- Private Wohnungsmodernisierung in Stadterneuerungsgebieten ostdeutscher Städte 12
- Kommunale Umweltberichte 15
- Energie-Tische zum Klimaschutz 17
- Entwicklungschancen europäischer Hauptstädte: Berlin – Helsinki – Stockholm 19
- „TAT-Orte. Gemeinden im ökologischen Wettbewerb“ Bekanntgabe der diesjährigen Preisträger 20
- Difu-Datenbanken im Internet: neuer Sonderservice für Difu-Zuwender 25
- Forum Stadtökologie 26
- Kommunalwissenschaftliche Prämienausschreibung 27
- Seminarbegleitende Bibliographien 27
- Impressum 27
- Bestellschein 28

Forschung und Dienstleistungen für die deutschen Städte



Kontrast und Parallele

Neue Studie zur kulturellen und politischen Identitätsbildung ostdeutscher Generationen



Die Studie beschreibt die Identitätsbildung von vier ostdeutschen, in der DDR geborenen und aufgewachsenen Generationen. Auf der Basis biographischer Tiefeninterviews werden die Entwicklungen bis zur Vereinigung nachgezeichnet und entsprechenden Lebensläufen in Westdeutschland gegenübergestellt. Zur Diskussion stehen Möglichkeiten und Bedingungen einer inneren deutschen Einheit, die nicht gefunden werden kann, solange sich ost- und westdeutsche Mentalitäten gravierend – z.B. im Politik- und Demokratieverständnis – unterscheiden.

Seit der deutschen Vereinigung stellt sich die Frage, ob zwischen ost- und westdeutschen Mentalitäten Unterschiede oder Ähnlichkeiten, Kontraste oder Parallelen dominieren, und ob die Unterschiede im Sinne einer kulturellen Vielfalt zu verstehen und daher möglicherweise positiv zu bewerten seien, oder ob Gegensätzlichkeiten in grundlegenden Einstellungen zu Politik, Demokratie und Rechtsstaatlichkeit bestehen, die einen Konsens oder zumindest die zivilisierte Regelung von Konflikten zwischen Ost und West erschweren. Umstritten ist in der umfangreichen Transitionsforschung, die sich mit dem Wertewandel, den politischen und normativen Einstellungen in Ostdeutschland befaßt, ob Eigenständigkeit, Verzögerung, Stillstand oder gar Rückschritt die Entwicklung von Einstellungen und Normen in der DDR gekennzeichnet haben.

Jede dieser Einschätzungen scheint gleichermaßen zutreffend wie verfehlt und begrenzt zu sein. Die vier ostdeutschen Generationen – von den 30er- bis zu den 60er Jahren – zeigen deutliche Parallelen zu den entsprechenden westdeutschen, entwickeln aber dennoch unter den Bedingungen des Sozialismus Einstellungen, die im Gegensatz zum Westen stehen.

Die 30er-Jahre-Generation der DDR teilt mit der der Bundesrepublik die Kriegserfahrungen, ist also auch eine „Flakhelfer“-Generation, geht aber fast ungebrochen in die neuen Organisationsformen des sozialistischen Staates ein, so daß eine „Flakhelfer/FDJ-Generation“ entsteht. Da bürgerliche Gruppen der sich bildenden DDR zum größten Teil in den Westen über-

siedeln, erscheint die ostdeutsche 30er-Jahre-Generation als ihr „proletarischer Teil“. Trotz dieser scheinbaren Übereinstimmung mit dem Selbstverständnis der DDR als „Arbeiter- und Bauernstaat“ bleibt aber ein Bruch zwischen dieser ersten DDR-Generation und den alten kommunistischen Eliten bestehen. Wie im Westen ist die 30er-Jahre-Generation des Ostens überwiegend eine unpolitische, die der Klassenkampfmoralität der Staatsgründer und alten Eliten nicht folgt. Nur äußerlich paßt sie sich an, orientiert sich aber besonders im Kulturverständnis an sozialdemokratischen Traditionen, die auf Erwerb und Aneignung der bürgerlichen Kulturgüter durch Bildung, nicht durch Kampf zielen. Es entsteht eine „adoptierte Generation“, die dem eigenen Staat gegenüber fremd bleibt und nur durch dessen Sozialleistungen sowie durch bisher unvorstellbare Aufstiegsmöglichkeiten integriert wird. Im kulturellen Bereich sind es nicht eigene Leistungen einer Arbeiterkultur, weder der informellen Alltagskultur noch der ästhetischen Formen eines Proletkults, die die anerkannten Bezugspunkte dieser Generation werden, sondern die durch extrem niedrige Preise verfügbaren Leistungen einer bürgerlichen Kultur, die überwiegend der klassischen und romantischen Epoche entstammt. Diese „Arbeiterkultur“ weist sich gegenüber der 30er-Jahre-Generation eher durch niedrige Preise als durch spezifische Inhalte als „ihre Kultur“ aus. Der Übergang zu Marktpreisen nach der Vereinigung oder öffentlich weniger massiv geförderten Preisen – für Bücher, Theaterkarten etc. – entfremdet diese Generation den verfügbaren Kulturangeboten und verweist sie auf billige Erzeugnisse der Populärkultur. Mit den westlichen Teilen der 30er-Jahre-Generation verbindet die ostdeutsche ihre Vorstellung von Kultur als Fundus von Werten, die materiellen ähnlich sind, also wie diese durch Umverteilung verfügbar werden. Sie unterscheidet sich aber vom Westen durch die relativ große Fremdheit gegenüber dem eigenen Staat, denn die westdeutsche 30er-Jahre-Generation wird nicht nur voll in die neue Bundesrepublik integriert, sie wird zu einem stabilen Träger dieses neuen westdeutschen Staates, der ihr in seinen konservativ-unpolitischen Tendenzen entgegenkommt und ent-

spricht. Die Kluft zwischen alten Eliten und 30er Jahre-Generation wird im Westen geschlossen, während sie im Osten bestehen bleibt.

Die 40er-Jahre-Generation sowohl des Ostens als auch des Westens ist vom Ende der Nachkriegszeit und von einer damit einsetzenden Verwissenschaftlichung in Industrie und Verwaltung geprägt. Im Westen führt dieser Übergang jedoch zu einem massiven Konflikt zwischen der 40er-Jahre-Generation und den vorhergehenden – besonders der 30er. Diese begründet ihren Status im Gegensatz zu der auf materiellen Besitz ausgerichteten Generation der 30er Jahre ausschließlich auf analytischem Wissen, entsprechend gefördert durch die Bildungsreform. Derselbe Gegensatz besteht in der Tendenz auch in der DDR. Einerseits durch Repression, zum anderen durch Verweis auf die eigene revolutionäre, antifaschistische Tradition und den Anspruch, im Sozialismus nur auf Wissen, nicht auf Besitz gegründete Qualifikationen anzuerkennen, gelingt es den alten Eliten jedoch, in den 60er Jahren den offenen Konflikt mit dieser neuen Generation der in den 40er Jahren Geborenen zu vermeiden. Während die westlichen „68er“ im Bild des analytischen, nur zur Kritik verpflichteten Wissenschaftlers ihre Idealfigur formulieren, bleibt die entsprechende ostdeutsche 40er-Jahre-Generation einem Begriff des nützlichen, technischen Wissens verbunden, der sich in Selbstbildern eines „idealistischen homo faber“ äußert. Mit dem 68er-Konflikt vollzieht die westdeutsche

40er-Jahre-Generation entscheidende Schritte einer Individualisierung und subjektiven Modernisierung und ist für mehr als zwei Jahrzehnte in ihren zentralen Feldern, z.B. in den nicht anwendungsorientierten Sozialwissenschaften, als prägende Kultur außerordentlich erfolgreich. Den Ostdeutschen gelingt diese Emanzipation Ende der 60er Jahre nicht, da sie einerseits einer unvergleichlich höheren Repression unterliegen, und andererseits die alten Eliten der Weimarer Generation die relevanten Symbole, z.B. den Revolutionsbegriff, besetzt halten, so daß ein „68“ in der DDR ausfällt. Die 40er-Jahre-Generation der DDR bleibt einem technischen Fortschrittsmodell ohne emanzipatorische Wirkung und damit auch der Kontinuität eines wesentlich definierten, aus vorgegebenen Traditionen und Bindungen gebildeten Identitätsbilds verbunden. Durch technische Unzulänglichkeiten der DDR und durch die Bevormundung durch alte politische Eliten werden die typischen Exponenten dieser ostdeutschen Generation, die Ingenieure und technischen Manager, jedoch bereits in der DDR tief enttäuscht, und dies setzt sich nach der Einigung fort, da ihnen jetzt die fachlichen und sozialen Kompetenzen fehlen, um im Westen erfolgreich zu sein. Sie sind zu alt, um noch umzulernen, zu jung, um in den vorzeitigen Ruhestand zu treten, so daß diese Generation heute trotz hoher Anfangserwartungen tiefe Frustration über die Einigung bekundet: Weder vor noch nach 1989 fühlte sie sich wirklich anerkannt und gebraucht, obwohl sie sich gerade darum ständig bemüht hat.



Melancholie im Schein des Lampions: Dieter Kraft im Köpenicker Kiez

Quelle: „Boheme und Diktatur in der DDR“, Katalog zur Ausstellung des Deutschen Historischen Museums, 4.9.–16.12.1997. Photo: Jochen Wermann

Die 50er-Jahre-Generationen des Ostens und des Westens können als eine Art romantischer Gegenreaktionen auf die Wissenschaftsorientierung ihrer Vorgänger verstanden werden. Während aber im Westen die Vernunftkritik, die sich z.B. in Körperbetonung oder in der extrem hohen Bewertung individueller, authentischer Erfahrungen äußert, nach den Konflikten der 60er Jahre fast als Kontinuität wahrgenommen wird, stellt dieselbe Orientierung in der DDR eine Fundamentalkritik an Vernunft- und Rationalitätsverständnis des Staates dar, so daß es im Gegensatz zum Westen im Osten in den 70er Jahren zu massiven Konflikten kommt. Darin drückt sich aber offensichtlich keine Verspätung der DDR aus, sondern eine andere Konstellation von Bedingungen. Dieser Konflikt, der in den 70er Jahren die DDR prägt, fordert allerdings eine unvergleichlich härtere Repression heraus, die vor allem neue Formen der Bespitzelung und psychischen Zerstörung entwickelt, wodurch eine Ausweitung dieser parallelen Ansätze zu umfassenden sozialen Bewegungen verhindert wird. Statt dessen ziehen sich die Protagonisten der 50er-Jahre-Generation in DDR-typische Nischen zurück, in denen sie sich allerdings gleichermaßen radikalieren wie auch konventionell und traditionell werden. Es entwickeln sich drei Formen: zum einen der kirchliche Widerstand der evangelischen Gemeinden, die

sich als „urchristliche Liebesgemeinschaften“ gegen die staatliche Repression schützen, zum zweiten eine literarische und künstlerische Bohème in den kulturellen Zentren, die von jeder Vorstellung, auf Politik zu wirken, Abstand nimmt, und drittens ein innerparteilicher Widerstand, der aus der SED (und der Stasi) heraus versucht, Modelle eines Urkommunismus in Form von Produzentengemeinschaften als Utopie und Perspektive gegen den technisch verkürzten Sozialismus der DDR zumindest gedanklich zu entwickeln. Alle drei Formen sind Gemeinschaftsprinzipien verpflichtet, die tiefe Bindungen zwischen allen Beteiligten verlangen und dadurch wiederum Wertewandel verhindern und zu einer Bewahrung essentialistischer Identitätskonstruktionen beitragen.

Für die 60er-Jahre-Generation der DDR ist oft behauptet worden, sie sei ihren westlichen Altersgenossen am ähnlichsten, sie sei zudem dem Sozialismus am weitesten entfernt. Die Analyse zeigt jedoch, daß die Abkehr vom DDR-Sozialismus bereits in den 70er Jahren beginnt, und die Ähnlichkeiten zwischen ost- und westdeutschen Generationen waren auch vorher eindeutig gegeben. Eher angemessen erscheint es, die 60er-Jahre-Generation der DDR als „konventionelle Individualisten“ zu bezeichnen, die zwar in ihren Lebensplanungen individuelle Belange verfolgen und

**Wilfried Falkenthal:
Das Brigadebad, 1977, Bundesministerium des Inneren**



Quelle: „Auftrag: KUNST 1949 – 1990“, Katalog zur Ausstellung des Deutschen Historischen Museums, 25.1.–14.4.1995

sich von allen kollektiven und sozialistischen Normen distanziert haben; aber diese Individualisierung vollzieht sich an traditionellen Inhalten wie z.B. Familie, Beruf, Freundeskreis. Die Selbst-Ästhetisierung der zeitgleichen westlichen Generation fehlt ihr weitgehend und damit auch der Übergang zu einer Persönlichkeitsbildung, die sich aus Unterscheidungen zu anderen Individuen und Lebensformen ergibt. Auch diese Generation greift also, da ihr eine subjektive Modernisierung nach westlichem Muster nicht zugänglich ist, auf traditionelle Lebensformen, wie sie die des Bohémien, des Gemeinde- bzw. Organisationsmitglieds oder des sozialengagierten Technikers waren, zurück, so daß sich für die DDR ein ganz eigener Modernisierungsweg ergibt, der weder als einfaches Nachhinken hinter dem Westen noch als eigener Wertewandel verstanden werden kann. Er muß als Individualisierung ohne Wertewandel gelten, ein Phänomen, daß in der westlichen Wertewandelsforschung eigentlich als nicht möglich angesehen wurde.

Jede ostdeutsche Generation wird demnach durch staatliche Repression, Dominanz alter Eliten – der Weimarer Generation – sowie durch kulturelle Isolation gebrochen und in die Statik der DDR gezwungen. Die spiegelbildlichen Ansätze der Mentalitätsentwicklung konnten sich nicht zu breiten Bewegungen ausweiten, so daß aus parallelen Ansätzen und Motiven kontrastierende Generationsformen entstanden. Besonders an Einstellungen zu Kunst und Kultur wird diese Verbindung von Kontrast und Parallele in den Entwicklungen der beiden deutschen Gesellschaften bis 1989 erkennbar.

Die retardierenden Mechanismen der DDR, die eine objektive Modernisierung zwar förderten und durchsetzten, eine entsprechende subjektive Modernisierung aber unterbanden, führten zur Bewahrung wesenhaft definierter, essentialistischer Identitätsbildungen bis in die jüngsten ostdeutschen Generationen, während sich westdeutsche Generationen von dieser Form der Identitätsbildung im Zuge des Wertewandels und einer subjektiven Modernisierung zunehmend entfernten. Damit entstehen nicht nur tiefe kulturelle und politische Widersprüche zwischen den beiden Landesteilen, die im Sinne von Pluralität als Bereicherung gesehen werden könnten, sondern vor allem im Osten einerseits Gefühle kultureller und moralischer Überlegenheit gegenüber dem Westen; andererseits lenkt die essentialistische Mentalität des Ostens durch die Innerlichkeit, die sie nahelegt und zum hohen Wert erklärt, von einer offensiven Aus-



Quelle: „Wunderwirtschaft – DDR-Konsumkultur in den 60er Jahren“, Böhlau-Verlag

Brathähnchen als gehobener Imbiß, 1964

einandersetzung mit dem Westen ab und blockiert den Einfluß des Ostens auf das vereinte Deutschland in Politik und Kultur, so daß die zweifellos bestehende ökonomische Benachteiligung kulturell verstärkt wird. „Was glänzt (die fremde Kultur des Westens), ist für den Augenblick geboren, das Echte (die eigene Kultur des Ostens) bleibt der Nachwelt unverloren“; so scheinen die ostdeutschen Generationen ihre Beziehung zum Westen und zu sich selbst zu sehen und sich auf diese Weise von der Notwendigkeit des Konflikts und der politischen Äußerung zu entlasten.

Da sich der Westen aber in der Folge politischer und kultureller Generationen gerade von diesem Bild der wesenhaften Identität weitgehend entfernt hat, kann er den Anspruch einer kulturellen und moralischen Überlegenheit des Ostens in keiner Weise nachvollziehen. Er weist diesen Anspruch zurück und bewirkt damit eine tiefe Kränkung der Ostdeutschen, die sich dadurch nur noch mehr in die alten Nischen zurückziehen oder sogar in zunehmendem Umfang antiwestliche Ressentiments entwickeln oder neu beleben.

Nicht der Wandel, den das DDR-Regime fürchtete und repressiv verhinderte, sondern der Stillstand, den es erzwang, führte zum Verlust von Anerkennung und Zustimmung der Bevölkerung für den sozialistischen Staat vor 1989 und schließlich zu seinem Untergang. Er erschwert aber gleichermaßen die Identifikation der Ostdeutschen mit dem vereinten Deutschland, in dem sie nicht heimisch werden.

Weitere Informationen:
Dr. Albrecht Göschel
Telefon: 030/39001-235
E-Mail: goeschel@difu.de

Bestellung über den Verlag
W. Kohlhammer,
siehe Bestellschein

Ökologisch orientierte Wirtschaftspolitik

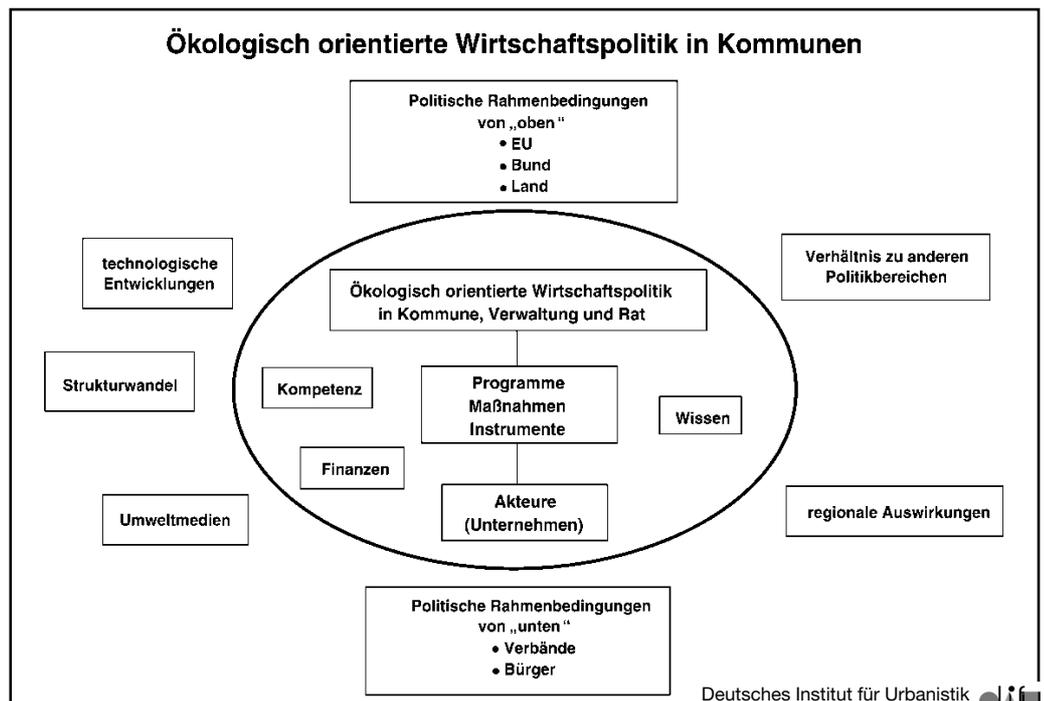
Ein neues kommunales Handlungsfeld

Spätestens mit dem „Brundtland-Bericht“ der UN-Kommission für Umwelt und Entwicklung 1987 wurde der Begriff der „Nachhaltigen Entwicklung“ zu einer Art „paradigmatischen Leitwert“. Die wechselseitige Abhängigkeit von ökonomischer, sozialer und ökologischer Entwicklung ist inzwischen – zumindest verbal – weltweit anerkannt. Dies gilt ebenso für die Notwendigkeit einer stärkeren ökologischen Ausrichtung der Wirtschaft. Ein nicht an ökologischen Erfordernissen orientiertes Wirtschaften gefährdet längerfristig nicht nur die Umwelt, sondern entzieht letztlich der Wirtschaft ihre eigene Basis.

Die Diskussion um den Querschnittsbereich Ökonomie und Ökologie wird in Literatur wie Praxis fast ausschließlich für die gesamtwirtschaftliche Ebene geführt. Die kommunale Ebene bleibt in der Betrachtung weitgehend ausgeklammert, obwohl gerade hier Planungs- und Investitionsentscheidungen oft im Spannungsfeld von Ökonomie und Ökologie stehen. Vor allem Städte sind Antriebsmotoren bei der Schaffung von Wohlstand und erzeugen einen erheblichen Teil der nationalen und internationalen Produktion. Ebenso sind sie (mit ihren Akteuren und als Ort) Verursacher und Träger des größten Teils der

ökologischen und sozialen Belastungen unseres Wirtschaftssystems. In der gegenwärtigen kommunalen Finanzsituation, die von Fragen der Haushaltskonsolidierung und des Umgangs mit knappen Finanzmitteln geprägt ist, verschärft sich der Konflikt zwischen Ökonomie und Ökologie erneut.

Die vorliegende Studie soll diese Forschungslücke für die kommunale Ebene schließen. Am Beispiel von fünf Fallstudienstädten (Dortmund, Heidelberg, Konstanz, Leipzig und Nürnberg) wird das Thema einer ökologisch orientierten Wirtschaftspolitik untersucht. Einerseits, um den Bezug zur Praxis herzustellen, andererseits, weil wegen der wenigen bisher vorliegenden Literatur zu diesem Thema vor allem konkrete kommunale Ansätze eine Informationsbasis bieten, um Möglichkeiten und Grenzen einer ökologisch orientierten Wirtschaftspolitik in Gemeinden darzustellen. In der Studie wird gezeigt, was diese Städte im Querschnittsbereich Wirtschaft und Umwelt tun, welche Akteure beteiligt sind, wie die Handlungsansätze funktionieren, wie sie noch besser wirken könnten und wo ihre Grenzen liegen. Darüber hinaus werden zahlreiche ausgewählte Praxisbeispiele vorgestellt und in einer umfangreichen Synopse



dargestellt und bewertet. Berücksichtigt werden dabei die kommunale Handlungskompetenz und mögliche Wirkungen der Handlungsansätze in ökonomischer und ökologischer Hinsicht, aber auch unter „weichen“, „klimatischen“ Aspekten.

Viele Rahmenbedingungen können von Kommunen nur bedingt beeinflusst und gesteuert werden. Daher sind auch einer freien Gestaltung der kommunalen Wirtschafts- und Umweltpolitik Grenzen gesetzt. Die Folgen aus der Integration Europas, der Globalisierung der Wirtschaft, wie größere Standortabhängigkeit von Unternehmen und wachsende Konkurrenz, wirken sich besonders deutlich in Kommunen aus. Die neuen Informations- und Kommunikationstechniken sowie die Verbreitung neuer Produktionstechniken, Produktions- und Logistikkonzepte kommen dort konkret zur Anwendung. Sie führen zu einer Ausdifferenzierung der Arbeitsteilung, zu Veränderungen in der Flächennachfrage und zu einem anderen Kommunikationsverhalten. Der wirtschaftliche Strukturwandel, durch Stichworte wie Tertiärisierung, Erhöhung des Qualifikationsniveaus und „schlanke Produktion“ beschrieben, zieht – neben anderen Effekten – zumindest mittelfristig erhebliche negative Arbeitsmarktfolgen nach sich. Knappe Finanzspielräume, eine Vielzahl von Maßnahmen zur Haushaltskonsolidierung und damit ein Verlust an kommunaler „Bewegungsfreiheit“ schränken die Möglichkeiten (öffentlicher) kommunaler Akteure weiter ein.

Kommunen agieren neben vielen internationalen und nationalen Akteuren. Die Auswirkungen der Aktivitäten dieser Akteure auf den kommunalen Handlungsrahmen sind dabei nicht immer eindeutig. Einige Faktoren erschweren kommunales Handeln (z.B. europäische Wettbewerbskontrolle), andere Ansätze erleichtern es und bedeuten eine Erweiterung der Spielräume (z.B. die beginnende stärkere Ausrichtung der EU-Politik auf Städte).

Kommunen können gleichzeitig mehrere Ziele ansteuern, wenn sie sich einer stärker ökologisch orientierten Wirtschaftspolitik zuwenden:

- langfristiger Schutz der Ressourcen für Leben und Arbeit,
- Verbesserung der gegenwärtigen Umweltsituation,
- Förderung der langfristigen Wettbewerbsfähigkeit,
- Sicherung und Schaffung von Arbeitsplätzen,

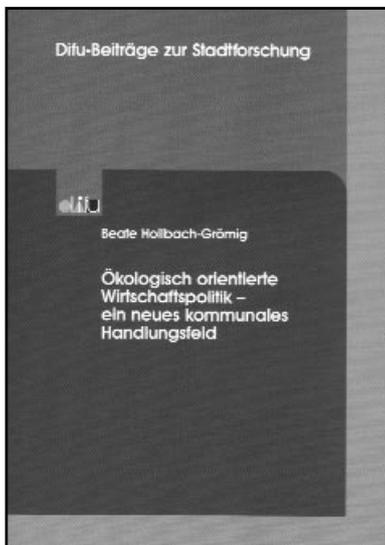
Handlungsansätze und -intensitäten in den Fallstudienstädten – ein Vergleich

Aktionsfelder	Städte	Dortmund	Heidelberg	Konstanz	Leipzig	Nürnberg
Kommunale Vorbildfunktion (Öko-Audit, Energiemanagement, Abfallmanagement, Wassermanagement, Kommunale Naturhaushaltswirtschaft...)		●	●	●	●	●
Energie (Klimaschutz, CO ₂ -Reduzierung, regenerative Energien, Wärmepaß, Energieberatung...)		●	●	●	●	●
Kooperation: Runde Tische Wirtschaft und Umwelt, Energetische, Kompetenzzentren, Lokale Agenda		●	●	●	●	●
Förderprogramme (Wärmedämmung, Solar, ökologisches Bauen...)		●	●	●	●	●
Förderung ökologischer Existenzgründungen		●	●	●	●	●
Ökologische Flächenausweisungen (z.B. ökologischer Gewerbepark)		●	●	●	●	●
Stoffverwertungsnetzwerk, Eco Industrial Park		●	●	●	●	●
Umweltorientierter Tourismus		●	●	●	●	●
Verkehr (Leitbild, Güterverkehrskonzepte, ÖPNV-Vorrang, Erdgasbusse...)		●	●	●	●	●
Branchenkonzepte		●	●	●	●	●
Deregulierung		●	●	●	●	●
Wettbewerbe, Umweltpreise		●	●	●	●	●

Je größer die Punkte sind, desto stärker ist die Aktivität der jeweiligen Stadt in diesem Aktionsfeld.

- Stärkung der lokalen Umweltindustrie,
- Unterstützung der Umstrukturierung von Krisenbranchen (ökologischer Strukturwandel),
- Diversifizierung der lokalen Wirtschaftsstruktur,
- Realisierung von Einsparungen im Haushalt sowie
- positive Imageeffekte.

Tatsächlich sind es bislang jedoch nur wenige Städte, die das Thema aktiv aufgreifen, was auch am Fehlen von Informationen liegen kann. Derzeit ist es kaum möglich, seriös Auskunft zu geben, welche



ökologischen Vorteile sich erzielen lassen oder wie viele Arbeitsplätze sich explizit auf kommunale Aktivitäten im Querschnittsbereich Wirtschaft und Umwelt zurückführen lassen. Erschwerend kommt hinzu, daß innovative Modellprojekte, erfolgreiche „Vorzeigeprojekte“, die „win-win“-Erfahrungen präsentieren, zurückhaltend vermittelt werden. Bislang schlagen nur wenige Kommunen aus ihren Aktivitäten Kapital. Stärker als die Chancen einer ökologisch orientierten Wirtschaftspolitik werden die Hindernisse und Probleme wahrgenommen und thematisiert.

Mit dem Thema einer ökologisch orientierten Wirtschaftspolitik wird in den ausgewählten Fallstudienstädten sehr unterschiedlich umgegangen. In Heidelberg wird dem Umweltthema eine hohe politische Priorität eingeräumt. Die Verknüpfung mit wirtschaftsbezogenen Fragestellungen findet dort bislang jedoch noch zu wenig statt. Nürnberg hat eine langjährige Erfahrung mit der Arbeit im Schnittfeld Wirtschaft und Umwelt – und eine Reihe interessanter Ansätze, die beispielhaft für andere Kommunen sein könnten. Konstanz verfügt über ausgezeichnete naturräumliche Voraussetzungen, die ein kommunales Engagement an der Schnittstelle von Wirtschaft und Umwelt nahelegen. In Dortmund und Leipzig genießt das Thema keine politische Priorität, beide Städte verknüpfen allerdings den Umweltaspekt stärker als die anderen mit Arbeitsmarkt- und Beschäftigungsfragen. Jedoch auch in diesen Städten verlieren ökologische Fragestellungen und die Verknüpfung von Ökonomie und Ökologie mit wachsenden Problemen auf dem Arbeitsmarkt und den Schwierigkeiten vor allem kleiner Unternehmen bei der Existenzsicherung insgesamt an Bedeutung, zieht man den Vergleich mit den frühen 90er Jahren.

Bei den kommunalen Handlungsmöglichkeiten lassen sich drei große Handlungsfelder identifizieren:

- Die kommunale „Vorbildfunktion“, die Kommunen sowohl in ihrer Rolle als Umweltnutzer als auch als wichtiger umweltpolitischer Akteur wahrnehmen sollten. Durch eigene umweltrelevante Aktivitäten können die Kommunen einerseits als umweltpolitische Akteure glaubhafter werden, andererseits zur Nachahmung anregen.
- Standortprofilierung durch Aktivitäten im Überschneidungsbereich Umwelt und Wirtschaft (zur Steigerung der Attraktivität der Stadt für eine Reihe von Unternehmen).

- Unternehmensmotivation und -förderung, die Kommunen über entsprechende Rahmenbedingungen und ein von Unternehmen positiv wahrgenommenes Klima in der Stadt oder Gemeinde schaffen können.

Über diese eher wirtschaftsorientierten Handlungsansätze hinaus hat eine Kommune vielfältige Möglichkeiten, die Entwicklung – in Teilbereichen oder insgesamt – in Richtung „Nachhaltige Stadtentwicklung“ und „ökologische Stadt“ zu lenken, anzuregen und zu unterstützen. Die Konzeption eines nachhaltigen Stadtteils stellt dabei eine „Maximalversion“ dar. Vielfach werden diese Ansätze als „Leuchtturm-“ oder Vorzeigeprojekte bezeichnet. Gerade im Überschneidungsbereich Umwelt und Wirtschaft sind solche besonders herausgehobenen Ansätze kaum zu finden. Sie sind meist Bestandteil größerer Projekte zum Thema ökologische oder nachhaltige Stadt.

Die verschiedenen Handlungsansätze werden in den Städten oft parallel verfolgt. Aussagen über eine „erfolgversprechende“ Reihenfolge der verschiedenen Handlungsmöglichkeiten (z.B. erst konkrete Konzepte, dann „weiche“ Instrumente zur Standortprofilierung) lassen sich – im Sinne einer zulässigen Verallgemeinerung – nicht treffen. Bestimmte Erfahrungen sind stadtspezifisch, eine vollständige 1:1-Übertragbarkeit auf andere Städte ist nur bedingt möglich. Trotzdem müssen, bei aller Unterschiedlichkeit der Kommunen, bestimmte Voraussetzungen und Rahmenbedingungen gegeben sein. Dazu gehören:

- Offenheit für Innovationen,
- Kooperationen und Netzwerke,
- politische Unterstützung des Themas „Wirtschaft und Umwelt“,
- Personen/Persönlichkeiten, die das Thema vertreten und fördern,
- stärkere Projektorientierung mit einem Projektmanagement,
- neue Organisationsformen, die darauf zielen, die „klassischen“ (Ressort-) Grenzen zu überwinden,
- Diskussion über Begriffe und Inhalte,
- Wirtschafts- und Umweltakteure müssen zu einer gemeinsamen Sprache (und Denkweise) – in einem funktionierenden Kommunikationsprozeß – finden.

Kommunale Handlungsmöglichkeiten im Politikfeld „Ökologisch orientierte Wirtschaftspolitik“

Eigene Vorbildfunktion	Ansätze zur Standortprofilierung	Unternehmensorientierte Ansätze
<ul style="list-style-type: none"> ■ Kommunales Umweltcontrolling – Öko-Audit ■ Leitbild-/Leitlinienentwicklung ■ Umweltfreundliche Beschaffung ■ Kommunale Umweltverträglichkeitsprüfung (UVP) ■ Schaffung einer organisatorisch verankerten Schnittstelle ■ Ämterübergreifende Kooperation ■ Facility Management ■ Neue Netzwerkstrukturen 	<ul style="list-style-type: none"> ■ Planerisch <ul style="list-style-type: none"> ▲ Flächenpolitik ▲ Ökologische Gewerbeparks ▲ Eco Industrial Parks ▲ Gemeinsame Industrie- und Gewerbegebiete ▲ Konzepte im Wirtschaftsverkehr ■ Kooperative Ansätze <ul style="list-style-type: none"> ▲ Runde Tische ▲ Energie-Tische ▲ Kompetenzzentren ▲ Lokale Agenda 21 ■ Image ■ Beratung 	<ul style="list-style-type: none"> ■ Förderung des unternehmerischen Öko-Audits ■ Förderung umweltorientierter Innovationspotentiale ■ Deregulierung ■ Förderprogramme (Arbeitsmarkt-/ Beschäftigungspolitik) ■ Vergabe von Labels ■ Unterstützung eines „ökologischen“ Strukturwandels ■ Ansätze zur Re-Regionalisierung ■ Bereitstellung von Risikokapital und spezifischen Umweltkrediten ■ Ökologie im Tourismus
		Deutsches Institut für Urbanistik 

Diese knappe Nennung der Voraussetzungen für eine kommunale ökologisch orientierte Wirtschaftspolitik läßt zugleich die Grenzen deutlich werden, wenn die Rahmenbedingungen anderer Natur sind. In der gegenwärtigen Wirtschaftslage haben wirtschaftspolitische Ziele auf der kommunalen Ebene Vorrang vor umweltpolitischen Zielen. Die Zielkongruenzen, die es im Hinblick auf einen Beitrag umweltpolitischer Aktivitäten zum Beschäftigungsziel, zur möglichen Umstrukturierung lokaler Krisenbranchen in Richtung Zukunftsfähigkeit, zur Förderung der langfristigen Wettbewerbsfähigkeit, zur Realisierung von Einsparungen und im Hinblick auf positive Imageeffekte gibt, werden noch zu wenig wahrgenommen. Die Rahmenbedingungen, unter denen Kommunen handeln, führen zu Zielkonflikten zwischen Umwelt und Wirtschaft. Die vielfach ohnehin schwierige Kommunikation vor allem zwischen Wirtschaftsförderung und Umweltamt wird dadurch zusätzlich belastet. Erschwerend können politische Blockaden hinzukommen. Ein Wechsel in der Ratsmehrheit oder an der Verwaltungsspitze kann Initiativen im Bereich Wirtschaft und Umwelt, die zudem ressortübergreifend sind, erheblich gefährden. Aber auch veränderte Prioritäten bei begrenzten Haushaltsmitteln nach einem Wechsel an der Stadtspitze oder von politischen Mehrheiten können ein Projekt erheblich beeinträchtigen.

Kommunen bilden die unterste Ebene in der Hierarchie der politischen Ebenen. Ihre Handlungsmöglichkeiten sind daher von den staatlich – immer mehr auch überstaatlich/europäisch – gesetzten Rahmenbedingungen abhängig. So geht

es in der Mehrzahl der Fälle eher um kleinere Ansätze als um den „großen Wurf“. Es ist aber von zentraler Bedeutung, daß Kommunen ihre Handlungsmöglichkeiten deutlich machen und sich in einem Handlungsfeld einer ökologisch orientierten Wirtschaftspolitik positionieren. Zukünftig wird es wichtiger werden, diese partiellen Ansätze zu einem Konzept zu verbinden und damit ein eigenes Politikfeld „Ökologisch orientierte Wirtschaftspolitik“ vorzubereiten.

Es ist zu erwarten, daß eine ökologisch orientierte Wirtschaftspolitik durch die Nachhaltigkeitsdebatte künftig eine wichtigere Rolle spielen wird. Städte und Gemeinden können, anknüpfend an bereits vorhandene Initiativen und Konzepte, die unter dem „Dach“ einer ökologisch orientierten Wirtschaftspolitik zusammengefaßt werden, eine „Vorreiterrolle“ übernehmen. Sie werden sich dabei auch weiterhin in den von Landes-, Bundes- und den supranationalen Ebenen gesetzten Rahmenbedingungen bewegen müssen. Durch Pilotprojekte, Experimente, eine intensive Kooperation der verschiedensten Akteure auf kommunaler und regionaler Ebene können sie jedoch ein erhebliches innovatives Potential ausbauen, das wirtschafts-, beschäftigungs- und umweltpolitisch wirksam wird. Die „neue“ Politik der EU, Städten und Gemeinden zukünftig eine eigenständige Rolle in der europäischen Politik zu geben, ist ein weiterer Schritt, Rolle und Handlungsmöglichkeiten der Kommunen und deren Bedeutung in der praktischen Politik zu stärken.

Weitere Informationen:
Dr. Beate Hollbach-Grömig
Telefon: 030/39001-293
E-Mail:
hollbach-groemig@difu.de

Bestellung:
siehe Bestellschein

Städtebauliche Großvorhaben in der Umsetzung



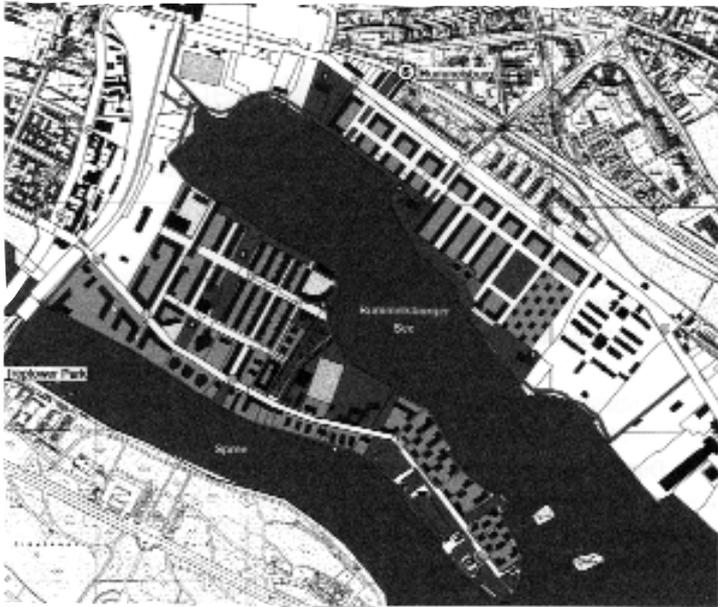
Seit Ende der 80er und Anfang der 90er Jahre sind in vielen deutschen Städten städtebauliche Großvorhaben unterschiedlichster Art und Nutzung geplant, begonnen und zum Teil auch bereits realisiert worden. Dabei sind umfangreiche Potentiale für neue Nutzungen entstanden: ob auf innerstädtischen Brach- und Umstrukturierungsflächen wie Industrie-, Hafen- und Konversionsflächen, ehemaligen Schlachthöfen oder Bahngeländen, aber auch durch die Verlagerung bisheriger Nutzungen wie Flughäfen und Messen und schließlich auch als Neuentwicklungen auf der „grünen Wiese“.

Großvorhaben erfordern in aller Regel einen langen Planungsvorlauf. Je nach Planungskonzeption, Zustand der Flächen und deren Verfügbarkeit für die Investoren sowie Engagement und Flexibilität der planenden Verwaltung, Dauer von Beteiligungs- und Genehmigungsverfahren und der Bereitschaft der finanzierenden Banken auch größere Risiken einzugehen, sind solche mehrjährigen Planungsvorläufe nicht ungewöhnlich. Treten die Projekte in die Realisierungsphase ein, haben sich häufig die einst zugrunde gelegten Rahmenbedingungen verändert: Sättigungserscheinungen am Markt sowohl für Wohnungen als auch für Gewerbeimmobilien, Preisverfall der Grundstückspreise, wirtschaftliche Rezession, die Streichung öffentlicher Förderprogramme, veränderte politische Mehrheiten sowie unzureichende städtebauliche Nutzungs- und Gestaltungskonzepte wirken sich unmittelbar auf die Gesamtprojekte aus.

Das Deutsche Institut für Urbanistik legt nun eine Veröffentlichung vor, die sich dieser Problematik umfassend widmet. In zahlreichen Einzelbeiträgen ausgewiesener Experten geht es um die Bedeutung städtebaulicher Großvorhaben, die veränderten Rahmenbedingungen, mögliche Anpassungsstrategien für tragfähige Nutzungskonzeptionen, die Flexibilität des städtebaurechtlichen Instrumentariums sowie die veränderten Handlungserfordernisse, die sich für Politik und Verwaltung, Investoren und Finanzierung daraus ableiten lassen. Die Beiträge basieren auf einem Symposium, das das Deutsche Institut für Urbanistik in Kooperation mit der Wasserstadt GmbH Berlin im Juni 1998 veranstaltet hat.

Im Mittelpunkt der Beiträge stehen die konzeptionelle und instrumentelle Dynamik der verschiedenen Handlungsfelder, Rahmenbedingungen und Entwicklungsprozesse. Dabei geht es um Anpassungserfordernisse und -strategien der dabei zugrunde gelegten Planungs- und Nutzungskonzeptionen mit ihren zum Teil unrealistischen Annahmen über städtebauliche Dichte, Mischung und über mögliche Nutzerzielgruppen. In diesem Kontext stehen aber auch die Anpassung von Wirtschaftlichkeits- und Finanzierungskonzepten sowie die Frage nach neuen Vermarktungsstrategien im Blickpunkt. Bei nahezu allen diskutierten Vorhaben gab und gibt es die Notwendigkeit, Anpassungen an veränderte Markt- und Finanzierungssituationen mit zum Teil erheblichen Auswirkungen auf Nutzungskonzepte, Nutzergruppen und daraus resultierenden zeitlichen Streckungen vorzunehmen.

Städtebauliche Großvorhaben sind wegen ihrer ökonomischen, stadtstrukturellen, ökologischen, sozialen und zum Teil auch regionalen Auswirkungen von herausragender Bedeutung für die Stadtentwicklung. Insoweit stecken in solchen Vorhaben sowohl große Chancen als auch Risiken. Die Chancen bestehen dabei vor allem darin, untergenutzte oder brachgefallene innerstädtische Flächen einer neuen Nutzung zuzuführen und für das städtebauliche Nutzungsgefüge wiederzugewinnen (z.B. Rummelsburger Bucht in Berlin, Westhafen in Frankfurt am Main, das Französische Viertel in Tübingen). Städtebauliche Großvorhaben können hierfür neue Impulse städtebaulicher Entwicklung und Modernisierung setzen und Anstöße für die Umstrukturierung anderer Quartiere provozieren, die möglicherweise bereits einem schleichenden Niedergang ausgeliefert waren. Aufgabe städtebaulicher Großvorhaben ist hier primär eine qualitative Verbesserung der städtebaulichen Struktur und damit der Attraktivität des städtischen Raums. Neue „Vorstädte“ (z.B. Kirchsteigfeld in Potsdam, Karow-Nord in Berlin oder das Rebstockviertel in Frankfurt am Main), die ebenfalls als städtebauliche Großvorhaben einzustufen sind, dürften demgegenüber, in Anbetracht der derzeitigen Nachfragesituation, auf absehbare Zeit nicht mehr tragfähig sein. Eine wachsende Bedeutung gewinnen aber Vorhaben, die von einem privaten Investitionsinteresse initiiert und ge-



Quelle: Bilanz und Perspektiven 1998/99, Wasserstadt

Entwicklungsgebiet
Rummelsburger Bucht

tragen werden und die wegen ihrer Größenordnung, ihrer spezifischen Nutzung (z.B. Freizeit und/oder Konsum) sowie ihrer räumlichen Auswirkungen als Großvorhaben einzuordnen sind. (z.B. Centro Oberhausen). Zum Teil gelingt es, diese großen Sondernutzungsvorhaben auf Standorten mit Neuordnungsbedarf anzusiedeln und diese dann als Motor für die Umstrukturierung zu nutzen (z.B. Neue Messe München).

Die veröffentlichten Beiträge machen aus der Sicht der unterschiedlichen Akteure deutlich, worin bei einzelnen Großvorhaben Fehler lagen und wie zukünftig eine risikoärmere Planung und Realisierung von Großvorhaben erreicht werden könnte. Dabei wird betont, daß grundsätzliche Änderungen und Anpassungen bei Großprojekten, die über längere Zeiträume hinweg realisiert werden, nichts Ungewöhnliches sind. Zunehmend wird es darauf ankommen, die Nutzungskonzepte realistischer, d.h. weniger optimistisch zu entwickeln und gleichzeitig eine anspruchsvolle städtebauliche Qualität zu erreichen. Die Realisierung sollte stufenweise über einen längeren Zeitraum angelegt werden, da die Nachfrage konjunkturellen Schwankungen unterliegt und die Finanzierungsbedingungen durch externe Einflüsse Veränderungen ausgesetzt sind. Die in mehreren Beiträgen analysierten rechtlichen Rahmenbedingungen sind ausreichend flexibel, um die erforderlichen Anpassungen zu ermöglichen. Anpassungen von Nutzungskonzepten, Umsetzungsstrategien und Finanzierungsplanungen machen aber regelmäßig eine politische Neubewertung der Vorhaben erforderlich.

Für die Kommunalverwaltung und für die kooperierenden privaten Akteure bedeutet dies auch, daß die Nutzungskonzepte, Umsetzungsstrategien und Finanzierungsüberlegungen so robust konzipiert werden sollten, daß eine flexible Anpassung im Verfahren ohne Aufgabe von städtebaulichen Kernzielen möglich ist. Dies setzt auch voraus, daß das Nutzungs-, Umsetzungs- und Finanzierungs-konzept mit Sicherheiten versehen wird und Anpassungserfordernisse im Falle einer rückläufigen Nachfrage am Markt von vornherein mit bedacht werden. Großvorhaben sollten so dimensioniert werden, daß das Risiko auch im Falle negativer Marktentwicklungen noch beherrschbar ist. Bei mehreren Großvorhaben sollte die Stadt sich entsprechend auf die besonders wichtigen konzentrieren und die Entwicklung nachrangiger Vorhaben zurückstellen. Hilfreich können insoweit Planung und Entwicklung in Abschnitten sein, um das Risiko entsprechend „abzuschichten“ und die Möglichkeit des Ausstiegs im Falle einer negativen Marktentwicklung zu eröffnen.

Perspektivisch erscheint darüber hinaus eine deutlichere Akzentuierung der Interessen sowie der Aufgaben- und Risikoverteilung zwischen öffentlicher Hand und privaten Vorhabenträgern erforderlich, um eine gemeinwohlorientierte städtebauliche Entwicklung zu gewährleisten. Hier machen aktuelle Entwicklungen, wie z.B. die Vorstellungen der Deutschen Bank in Frankfurt am Main, eigene Pläne für ein neues Stadtviertel (neue Messestadt) ohne Beteiligung der Stadt zu planen und zu veröffentlichen, deutlich, wie schmal der Grat zwischen öffentlich-privaten Kooperationen und ökonomisch motivierten Alleingängen der Privatwirtschaft sein kann.

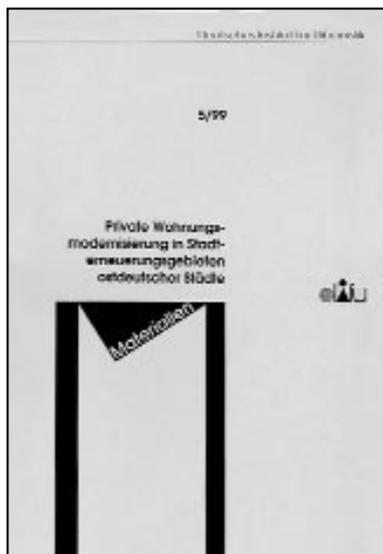
Weitere Informationen:

Dr. Arno Bunzel
Telefon: 030/39001-238
E-Mail: bunzel@difu.de

Dipl.-Soz. Robert Sander
Telefon: 030/39001-267
E-Mail: sander@difu.de

Bestellung:
siehe Bestellschein

Private Wohnungsmodernisierung in Stadterneuerungsgebieten ostdeutscher Städte



Problemlage

Die private Wohnungsmodernisierung in Stadterneuerungsgebieten Ostdeutschlands steht noch auf absehbare Zeit vor erheblichen Schwierigkeiten: die problematische wirtschaftliche Entwicklung in den neuen Ländern, die Unsicherheit über zukünftige Transferleistungen und Fördermittel des Bundes und der Länder und schließlich der gesättigte Wohnungsmarkt. All diese Faktoren wirken als Hemmnisse einer notwendigen Revitalisierung der Innenstädte.

Untersuchungsziel und Thematik

Ziel des Forschungsprojekts waren Bestandsaufnahme, Analyse und Bewertung der Praxis der privaten Modernisierungsförderung in drei ostdeutschen Städten aus unterschiedlichen Bundesländern. Untersuchungsstädte waren Naumburg, Zwickau und Erfurt. Damit wurden Städte verschiedener Größenordnungen in Sachsen-Anhalt, Sachsen und Thüringen ausgewählt.

Die im Rahmen der Untersuchung erstellte Publikation enthält eine Darstellung der modernisierungsrelevanten Rahmenbedingungen in den ostdeutschen Städten



Saniertes Wohn- und Geschäftshaus
Zwickau – Bahnhofsvorstadt

sowie Leitlinien, Konditionen und Perspektiven der Förderpraxis, ferner Erfahrungen der wichtigsten Zielgruppe privater Wohnungsmodernisierung – „kleine“, private Hauseigentümer – sowie entsprechende praktische Verbesserungsvorschläge für den Modernisierungsprozeß.

Methodisches Vorgehen

Die Untersuchung umfaßte folgende Arbeitsschritte:

- Expertenbefragungen auf örtlicher und überörtlicher Ebene,
- Gruppendiskussionen mit Hauseigentümern,
- eine ergänzende schriftliche Präsenzbefragung der Teilnehmer der Gruppendiskussionen sowie
- eine Kurzbefragung zur Bedeutung der „kleinen“ privaten Hauseigentümer in den Sanierungsgebieten ostdeutscher Städte.

Wichtige Ergebnisse

Der Trend zur Suburbanisierung der beiden zentralen, unmittelbar zusammenhängenden innerstädtischen Funktionen „Einkaufen“ und „Wohnen“ trägt seit der Wende wesentlich zum Funktionsverlust ostdeutscher Kernstädte bei. Da der kernstädtische Einzelhandel sowie die Dienstleistungsunternehmen vom Nachfrage- und Konsumverhalten der Bevölkerung abhängig sind, und dieses wiederum wesentlich vom Einkommensniveau der vor Ort ansässigen Einwohner bestimmt wird, ist allein aus ökonomischer Sicht das Interesse an einer Verbesserung der innerstädtischen Wohnattraktivität zur Bindung kaufkräftiger Haushalte sehr groß.

Vor diesem Hintergrund ist die Sicherung der innerstädtischen Wohnfunktion – unter anderem durch Sanierungsmaßnahmen und Modernisierungsförderung – ein wichtiges Konzept zur Innenstadtrevitalisierung, um der fortschreitenden Abwanderung aus den Kernstädten entgegenzuwirken und bereits abgewanderte, vor allem junge und einkommensstarke Haushalte in die Innenstädte zurückzuziehen. Gleichzeitig besteht die Notwendigkeit, mittels gezielter Planung Verdrängungstendenzen und der Entstehung „sozialer Ghettos“ entgegenzuwirken.

Seit 1997 setzte die alte Bundesregierung aufgrund des anhaltenden Trends zur Wohnsuburbanisierung in Ostdeutschland verstärkt auf die Modernisierung der ostdeutschen Innenstädte. Die Modernisierung erhielt gegenüber dem Wohnungsneubau Priorität. Die Förderung sollte sich darauf konzentrieren, die gewachsenen Stadtteile, insbesondere die Innenstädte, zu stabilisieren. Deshalb wurden die Stadt-sanierungsprogramme fortgesetzt und die steuerliche Förderung des Wohnungsneubaus auf die Innenstädte konzentriert.

Hinsichtlich des „Aufbau Ost“ sieht sich die neue Bundesregierung in Kontinuität zur alten. Sie will die innere Einheit Deutschlands vollenden und dabei die Anstrengungen „zur Sanierung und Gestaltung der Städte“ fortführen und verstärken.

Die Finanzkraft der privaten Eigentümer reicht auch in den nächsten Jahren nicht aus, um die weiterhin dringend notwendige Modernisierung ihres Wohnungsbestands zu bewältigen. Die seit 1999 geltende Investitionszulagenregelung ist ein wichtiger Schritt in die richtige Richtung. Sie wird jedoch nur dann zum Erfolg für die Wiederbelebung der ostdeutschen Innenstädte, wenn sie mit der Möglichkeit zinsverbilligter Kredite über das Jahr 2000 hinaus verknüpft wird. Die erfolgte neue Aufstockung und Fortführung des KfW-Wohnraum-Modernisierungsprogramms für die Zeit nach 1998 ist deshalb sehr zu begrüßen. Auch die Länder müssen mit ihren Programmen zur Stabilisierung von Modernisierungsprogrammen beitragen. Ferner ist es weiterhin notwendig, Städte-

baufördermittel für private Eigentümer in besonderen Problemlagen und Mittel für die Denkmalpflege für Denkmalbesitzer zur Verfügung zu stellen.

Generell empfehlenswert sind eine langfristige Verstetigung der Förderung, die Bündelung der Förderprogramme, die Priorisierung der „kleinen“ privaten Eigentümer bei der Modernisierungsförderung, die Vermeidung von Mietpreis- und Belegungsbindungen und die Vereinfachung der Fördermodalitäten.

Die Bedeutung der „kleinen“ privaten Hauseigentümer als Kernzielgruppe der Modernisierungsförderung und -beratung in den Stadterneuerungsgebieten ostdeutscher Städte hat sich bestätigt.

Bei nach wie vor hohem Modernisierungsbedarf und nicht mehr steigerungsfähiger oder auf Dauer sogar abnehmender öffentlicher Förderung, ist verstärkt auf Privatinitiative als Motor der innerstädtischen Revitalisierung durch Wohnungsmodernisierung zu setzen.

Die überwiegend ortsansässigen privaten Hauseigentümer tragen mit ihrer meist ausgeprägten lokalen Identität und ihrer traditionell starken Bindung an ihre vorwiegend selbst bewohnten und/oder gewerbsmäßig genutzten Objekte in besonderem Maße zur innerstädtischen Revitalisierung bei.

Etwa 60 Prozent der „kleinen“ privaten Hauseigentümer bestehen aus der Gruppe der ortsansässigen Erwerbstätigen (40



*Saniertes Wohn- und Geschäftshaus
Naumburg – Altstadt*



*Sanierung und Modernisierung
Erfurt – Andreasviertel*

Lage der Untersuchungsstädte in Ostdeutschland



Prozent; mehrheitlich abhängig Beschäftigte, zum geringeren Teil Selbständige oder Gewerbetreibende, überwiegend zwischen 40 und 59 Jahre alt) und Rentnern (20 Prozent) mit selbst und durch Vermietung genutzten Gebäuden. 40 Prozent entfallen auf auswärtige Kapitalanleger und/oder Restituenten unterschiedlichen Alters mit – bis auf Zweitwohnsitzinhaber – ausschließlich vermieteten Gebäuden. Ein erheblicher Anteil dieser Eigentümer stammt aus den alten Ländern.

Geht man von einer längerfristigen Konzentration der Fördermittel auf die Modernisierung des kernstädtischen Altbaubestands und von positiven Impulsen der neuen Förderpraxis mit Investitionszulagen statt Sonderabschreibungen auf die Modernisierungsbereitschaft der ortsansässigen kleinen privaten Hauseigentümer aus, so könnte diese Zielgruppe gegenüber auswärtigen, insbesondere westdeutschen Kapitalanlegern künftig bei der innerstädtischen Altbaumodernisierung und Revitalisierung an Bedeutung gewinnen.

Im Vordergrund der Modernisierungsförderung „kleiner“ privater Hauseigentümer müssen – neben der Unterstützung bereits investitionsbereiter lokaler Eigentümer und entsprechender Netzwerke – vor allem motivationsfördernde Beratungsangebote zu allen Aspekten der Modernisierung stehen (von allgemeinen Sanierungs- und Modernisierungsfragen bis zu detail-

lierten finanziellen, planerischen und baulichen Details).

Um bestmögliche Sanierungs-/Modernisierungsergebnisse zu erreichen, ist die Einbettung der sektoralen Förderung „kleiner“ privater Hauseigentümer in übergeordnete Stadt(teil)entwicklungskonzepte und – damit verbunden – die Kooperation aller relevanten Ressorts und Akteure auf der Verwaltungs- und Umsetzungsebene sowie die Bündelung der zum Einsatz kommenden Fördermittel notwendig.

Die Untersuchung hat gezeigt, daß sich in ostdeutschen Städten sowohl

- innerhalb und außerhalb der Stadtverwaltungen als auch
- getrennt nach Sanierungs- und Modernisierungsgebieten

voneinander teilweise unabhängige Kooperationsstrukturen in unterschiedlicher Zusammensetzung entwickelten.

Während für die förmlich festgelegten Sanierungsgebiete offenbar mehr oder minder gut ausgebaute, institutionalisierte Kooperationsstrukturen bestehen, deren Beratungs- und Betreuungsleistungen den privaten Hauseigentümer erreichen, fehlen solche Strukturen meistens in Modernisierungsgebieten und hier ganz besonders in den innenstadtnahen (gründerzeitlichen) Randlagen mit ihrem hohen Anteil der Problemgruppe der „kleinen“, eher inaktiven privaten Hauseigentümer.

Für die Hauseigentümer in den Modernisierungsgebieten müssen daher andere Organisations- und Kooperationsformen etabliert werden. Es hat sich in einigen Städten der Einsatz von Quartiers- oder Beraterarchitekten bewährt, deren Beratungs- und Betreuungsleistung durch enge Kooperation mit den Haus- und Grundeigentümervereinen noch optimiert werden kann. In Städten, in denen diese Experten aus Kostengründen nicht vom kommunalen Fachressort unter Vertrag genommen werden können, sind Selbsthilfemodellen der Hauseigentümer, also gemeinschaftliche Beschäftigung eines mehrere Objekte koordinierenden Architekten durch eine Gruppe von Hauseigentümern, zu erwägen und zu erproben.

Profitieren können von dieser Studie insbesondere Akteure aus Kommunalplanung und -politik, Denkmalpflege, Wohnungswirtschaft sowie Haus- und Wohnungseigentümer.

Weitere Informationen:

Dipl.-Soz. Claus-Peter Echter
Telefon: 0221/3771-145
E-Mail: echter@difu.de

Dipl.-Psych. Klaus Mittag
Telefon: 0221/3771-138
E-Mail: mittag@difu.de

Bestellung:
siehe Bestellschein

Kommunale Umweltberichte

Leitfaden mit Praxisbeispielen



Darstellung und Analyse der Umweltsituation in den Kommunen haben in den vergangenen Jahren zunehmend an Bedeutung gewonnen. Gründe dafür sind nicht allein die Zunahme von Umweltbelastungen und der Wissenszuwachs, sondern vor allem auch die gestiegene politisch-gesellschaftliche Bedeutung des Umweltschutzes, die Ausweitung der Umweltgesetzgebung und nicht zuletzt das geschärfte Umweltbewußtsein in der Bevölkerung sowie der ständig wachsende Informationsbedarf.

Die kommunale Umweltberichterstattung stellt sich diesen Anforderungen und wird die für die Kommune verfügbaren Daten zur Umweltsituation vor Ort beschreiben, erklären und bewerten sowie die bisher ergriffenen Maßnahmen im kommunalen Umweltschutz darstellen.

Ziele und Funktionen der kommunalen Umweltberichte sind die:

- Sensibilisierung der Kommunalpolitik und der Verwaltungen für lokale Umweltprobleme und damit eine Verbesserung der internen Kooperation;
- kritische Bilanzierung der kommunalen Umweltaktivitäten;
- Unterrichtung und Sensibilisierung der Öffentlichkeit über Zustand und Probleme der lokalen Umweltsituation

Aufgabe eines kommunalen Umweltberichts ist es,

- den jeweiligen Stand der Umweltsituation und die Entwicklungstendenzen der Umweltbedingungen in der Kommune darzustellen sowie räumliche und sektorale Belastungsschwerpunkte herauszuarbeiten,
- eine Bestandsaufnahme der im Berichtszeitraum eingeleiteten administrativen Umweltschutzaktivitäten und eine Einschätzung ihrer Auswirkungen zu geben,
- mit der Entwicklung eines mittel- und langfristigen umweltpolitischen Planungs- und Maßnahmenkonzepts die Grundlagen und Zielsetzungen für den vorsorgenden/planerischen und den vollzugsorientierten/kontrollierenden Umweltschutz zu schaffen.

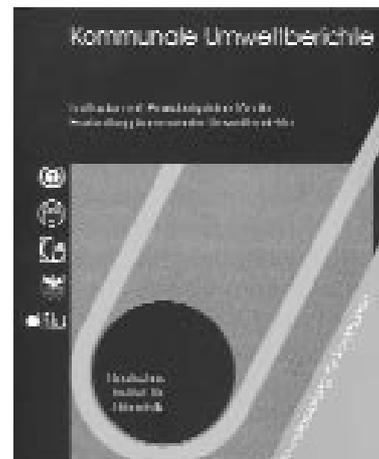
Daher ist der Umweltbericht ein Arbeitsmittel für die im Rahmen der Pflicht- wie der freiwilligen Aufgaben mit Umweltschutz befaßte Verwaltung, anstehende Planung und Maßnahmen auf ihre Umweltbelastung sowie deren Auswirkungen zu überprüfen und zu bewerten, um dann entsprechende Anforderungen zu formulieren und Alternativen zu entwickeln. Die im Umweltbericht dargestellten Grundlagen und Bewertungsmaßstäbe können so beispielsweise auch für die Durchführung förmlicher Verfahren der Umweltverträglichkeitsprüfung herangezogen werden.

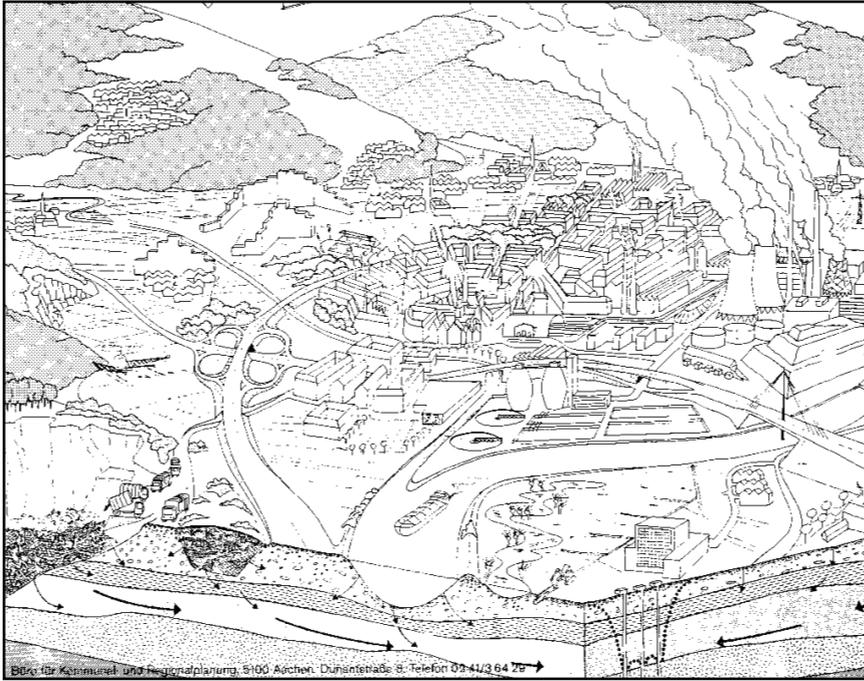
Für die Vertretungskörperschaften hat der Umweltbericht ferner Informationsfunktionen hinsichtlich einer Erweiterung und Vertiefung der Kenntnisse (innerhalb der gesamten Verwaltung und auf der politischen Ebene) über die städtische Belastungssituation und ihre Auswirkungen. Er stellt darüber hinaus die Beurteilungsgrundlagen sowie die umweltpolitischen Zieldiskussionen und Maßnahmenentscheidungen der Kommune dar.

Auch für die allgemeine Öffentlichkeit bzw. die auf lokaler/regionaler Ebene agierenden Initiativen und Organisationen im Bereich des Umweltschutzes hat ein Umweltbericht Informationsfunktionen (z.B. über Sachverhalte und vorhandene Beurteilungsgrundlagen). Er soll außerdem mehr Transparenz in die kommunalpolitischen Entscheidungen und Aktivitäten zum Schutz der Umwelt bringen und die Mitwirkungsmöglichkeiten der Bevölkerung aufzeigen.

1982 wurde erstmals eine vom Deutschen Institut für Urbanistik erarbeitete und vom Umweltbundesamt geförderte Arbeitshilfe „Kommunale Umweltberichte“ vorgelegt, in den Jahren 1987 bis 1989 wurde sie fortgeschrieben. Das systematisch angelegte Grundwerk diente in der Folge zahlreichen Kommunen als umfassende Anleitung für eine eigene Umweltberichterstattung.

Der nun vorliegende, vollständig überarbeitete und aktualisierte Leitfaden „Kommunale Umweltberichte“ hat eine neue Struktur erhalten. Zahlreiche Abbildungen, Tabellen und Übersichten, Checklisten, Kurzbeispiele, Praxis- und Hintergrund-Informationen sowie weiterführende Literatur machen den hohen praktischen Wert des Buches aus.





Quelle: KOMMUNALE UMWELTSCHUTZBERICHTE, Berlin 1986, Difu

Checklisten

Checklisten enthalten Aufzählungen und Auflistungen zu dem jeweiligen Themenschwerpunkt.

Kurzbeispiele

Kurzbeispiele enthalten konkrete Erfahrungen oder Berichte aus ausgewählten Kommunen, die die theoretischen Ausführungen praxisnah verdeutlichen.

Praxisinformationen

Praxisinformationen bieten Orientierung bei bestimmten Fachfragen. Sie sind nicht auf bestimmte Kommunen bezogen, sondern bieten strukturelle Informationen, die auf andere Kommunen übertragbar sind.

Hintergrundinformationen

Hintergrundinformationen vertiefen bestimmte Angaben durch Integration in einen größeren (Fach-)Zusammenhang. Solche Informationen stellen beispielsweise eine Verbindung zu anderen Fachdisziplinen her oder stellen historische Zusammenhänge dar.

Themenbereiche

- Bodenschutz
- Grundwasserschutz
- Gewässerschutz und Abwasserentsorgung
- Luftreinhaltung
- Energie und Klimaschutz
- Naturschutz und Landschaftspflege
- Abfallwirtschaft
- Lärmschutz und Lärminderung

Gliederung der Themenbereiche

- Probleme
 - ▲ Problemdarstellung
 - ▲ Ursachen und Auswirkungen
 - ▲ Entwicklungstendenzen
 - ▲ Empfehlungen für kommunale Umweltberichte
- Bestandsaufnahme und Analysen
 - ▲ Begriffserläuterungen
 - ▲ Umwelt-Zustandsdaten
 - ▲ Prognosen
 - ▲ Empfehlungen für kommunale Umweltberichte
- Ziele
 - ▲ Zielsetzungen (mit Zielkatalog)
 - ▲ Empfehlungen für kommunale Umweltberichte
- Maßnahmen
 - ▲ Maßnahmen (mit Zielkatalog)
 - ▲ Empfehlung für kommunale Umweltberichte

Weiterführende Literatur und Materialien

Literaturangaben oder sonstige weiterführende Daten werden in speziellen „Service“-Kästen dargestellt. Diese Angaben können sich unmittelbar an die Literaturangaben anschließen.

Der neue Leitfaden berücksichtigt auch die Gegebenheiten und Aktivitäten in den Kommunen der neuen Bundesländer. Die veränderte Gesetzeslage sowie die aktuellen technischen Normen und Richtwerte wurden dabei ebenso beachtet wie neuere methodische Ansätze.

Als Ergänzung zu diesem Leitfaden ist eine CD-ROM beigelegt, die den kompletten Text der Veröffentlichung enthält. Damit bieten wir Ihnen die Möglichkeit für ein schnelles Auffinden der Textstellen, in denen die von Ihnen vorgegebenen Begriffe erscheinen und entsprechende Inhalte behandelt werden. Dies wird durch einen Volltextindex für das gesamte Werk ermöglicht. Bei Bedarf können Sie auch Textbausteine des Leitfadens von der CD-ROM direkt für Ihre Umweltberichte übernehmen.

Die Veröffentlichung entstand im Rahmen des Projekts „Informations- und Beratungsangebot für den kommunalen Umweltschutz in den neuen Bundesländern“, das vom Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit über das Umweltbundesamt gefördert und von den kommunalen Spitzenverbänden mitgetragen wurde.

Weitere Informationen:
Dipl.-Ing. Cornelia Rösler
Telefon: 030/39001-244
E-Mail: roesler@difu.de

Bestellung:
siehe Bestellschein

Energie-Tische zum Klimaschutz



Erfolg durch Zusammenarbeit

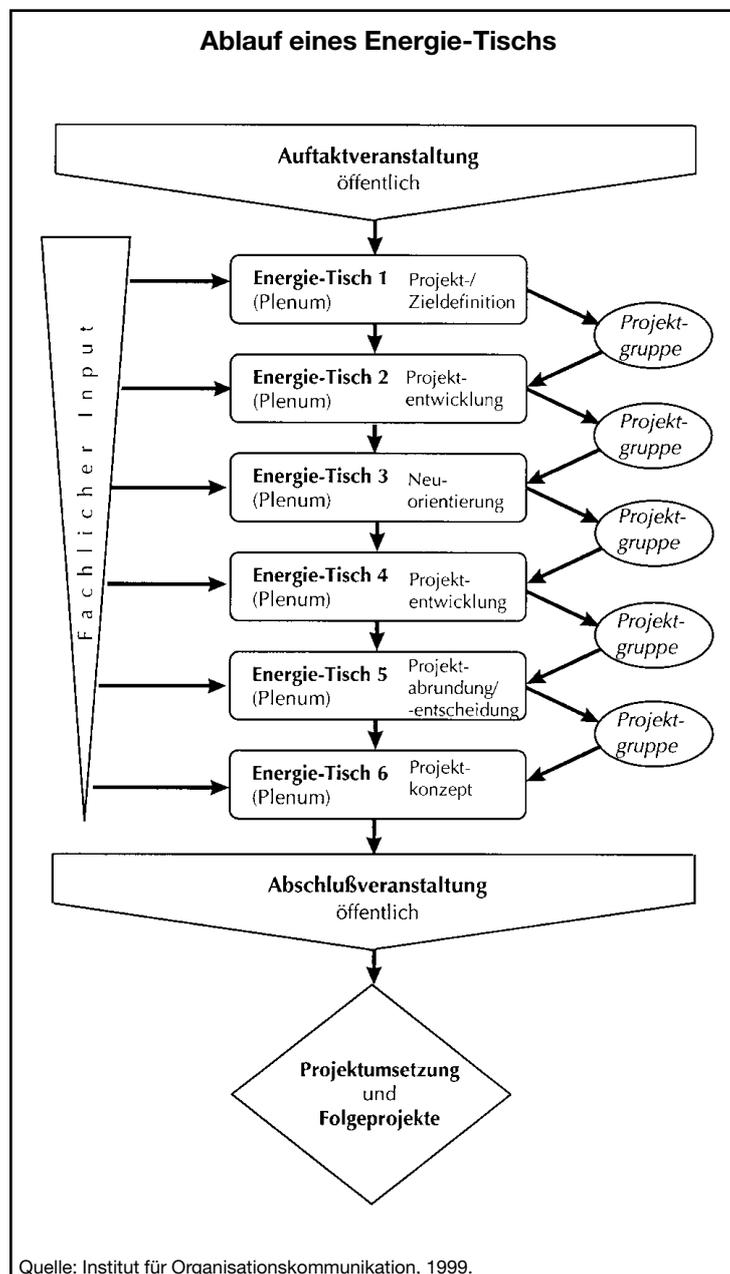
Energie-Tische waren das Hauptinstrument der „Bundesweiten Kampagne zur freiwilligen CO₂-Vermeidung bei Kommunen und Verbrauchern“, die vom Deutschen Institut für Urbanistik gemeinsam mit dem Institut für Organisationskommunikation in insgesamt 23 Modellkommunen durchgeführt wurde. Das methodische Vorgehen ist beim Energie-Tisch ähnlich wie beim „Runden Tisch“. Im Gegensatz zum Runden Tisch stehen jedoch nicht gemeinsame Diskussion und Beratung im Vordergrund, sondern die Entwicklung von Projekten. Energie-Tische eignen sich daher gut, um zu einem konkreten Praxisproblem bereits aktive, aber auch potentiell aktive Bürgerinnen und Bürger als engagierte Privatpersonen oder als Vertreter von Organisationen, Verbänden und Unternehmen zusammenzubringen. Diese Personen entwickeln am Energie-Tisch eigenverantwortlich Projekte zur CO₂-Minderung in ihrer Stadt, die sie selbst vor Ort umsetzen.

Um ein effizientes Arbeiten zu ermöglichen, wird das Gesamtspektrum der Klimaschutzthemen möglichst auf einen Bereich mit hohem CO₂-Minderungspotential eingengt. Daher wurden die meisten Energie-Tische zum Thema „Energiesparen im Gebäudebestand“ durchgeführt. Außerdem sollen bestimmte Akteure (z.B. Gewerbebetriebe, Hausbesitzer) gezielt in die Diskussion um Klimaschutz und Energieeinsparung einbezogen werden.

Zentrales Element des Energie-Tischs sind seine Teilnehmerinnen und Teilnehmer. Die Zusammensetzung dieses Teilnehmerkreises ist eine erste entscheidende Voraussetzung für die Arbeitsfähigkeit des Energie-Tischs. Es gilt, die – entsprechend des gewählten Themas – umsetzungsrelevanten Entscheider, Betroffenen und Multiplikatoren für die angestrebten Projekte zusammenzubringen.

Der Ablauf eines Energie-Tischs ist in der Abbildung (siehe rechts) dargestellt. Erfahrungsgemäß findet die Abschlußveranstaltung etwa ein Jahr nach der öffentlichen Auftaktveranstaltung statt. Dazwischen liegen sechs Plenumsitzungen und mehrere Projektgruppentreffen. In den Projektgruppen wird die Detailarbeit

für die Entwicklung der Projekte geleistet, die dann in den Plenumsitzungen mit allen Energie-Tisch-Teilnehmerinnen und -Teilnehmern diskutiert und abgestimmt wird. Es ist sinnvoll, daß sowohl die Auftakt- und Abschlußveranstaltung als auch die Plenumsitzungen von einem externen Moderator geleitet werden. Eine fachliche Unterstützung hilft den Mitarbeitenden, gezielt auf spezifisch aufbereitete Fachinformationen zuzugreifen.



Themen der an Energie-Tischen entwickelten Projekte

Energie-Tisch in ...	Projekte zum Thema ...
Kreis Amberg-Sulzbach, Barsinghausen, Bensheim, Bocholt, Frankfurt am Main, Halle/Saale, Heidelberg, Kreis Hersfeld-Rotenburg, Koblenz, Lübeck-Travemünde, Nürnberg, Offenburg, Potsdam, Wiesbaden	Sanieren im Gebäudebestand
Dessau, Halle/Saale, Stuttgart, Leipzig, Wiesbaden	Energiesparen in Haushalten
Arnsberg, Speyer	Energiesparen in Industrie und Gewerbe
Kreis Amberg-Sulzbach, Barsinghausen, Frankfurt am Main, Ludwigshafen	Energiesparen in öffentlichen Gebäuden
Berlin-Hohenschönhausen, Berlin-Tiergarten, Sulzbach/Taunus	CO ₂ -Minderung im Bereich Verkehr

Deutsches Institut für Urbanistik 

Zum Arbeitsauftrag des Energie-Tisches gehört nicht nur die Entwicklung des gemeinsamen Projekts, sondern ebenfalls dessen Umsetzung – auch über die Zeit der Energie-Tisch-Phase hinaus. In verschiedenen Städten wurden beispielsweise Vereine gegründet oder Beratungseinrichtungen geschaffen, die die Arbeit der Energie-Tische fortsetzen.

An den Energie-Tischen wird in relativ kurzer Zeit sehr viel geleistet. Der Erfolg oder Mißerfolg eines Energie-Tisches läßt sich jedoch schwer errechnen (z.B. in eingesparten Tonnen CO₂). Einerseits liegt der Schwerpunkt der entwickelten Projekte im Bereich der Beratung der Verbraucherinnen und Verbraucher. Andererseits befinden sich Projekte z.B. zur Sanierung von Gebäuden noch in der Umsetzung, so daß bisher zwar vorausberechnete, aber noch keine tatsächlich erreichten Einsparungen zu beziffern sind. Der eigentliche Nutzen dieses Instruments ist eher darin zu sehen, daß es dabei gelingt, verschiedene Akteure und Träger in die Bestrebungen einer Stadt zum Klimaschutz, einzubinden. Auf diese Weise können mehr Akzeptanz für politische Entscheidungen der Stadt erreicht und Handlungs- und Entscheidungs-

spielräume eruiert werden. Durch die Beteiligung und Kooperation unterschiedlicher Akteure und somit auch unterschiedlichster Kompetenzen können sehr komplexe reale Entscheidungssituationen bewältigt werden. Darüber hinaus hat die Einrichtung eines Energie-Tisches in verschiedenen Städten Diskussionsprozesse zum Thema selbst, aber auch zum vielschichtigen Thema der Lokalen Agenda 21 belebt. Obwohl Energie-Tische einen eher indirekten Beitrag leisten, stellen sie einen wichtigen Baustein für ein gesamtstädtisches Klimaschutzkonzept dar, welches auf langfristige Erfolge zielt.

Die neu erschienene Difu-Publikation „Energie-Tische zum Klimaschutz. Erfolg durch Zusammenarbeit“ beschreibt die Planung, Organisation und Durchführung von Energie-Tischen. Darüber hinaus wird ein Überblick gegeben über die Handlungs- und Umsetzungsmöglichkeiten der an Energie-Tischen bearbeiteten Themen. Außerdem stellt sie eine Vielzahl der bereits entwickelten Projekte vor. Schlußfolgernd aus der Auswertung werden Erfolgsfaktoren von Energie-Tischen beschrieben.

Weitere Informationen:
Dr. Annett Fischer
Telefon: 030/39001-110
E-Mail: fischer@difu.de

Dipl.-Min. Dagmar Hänisch
Telefon: 030/39001-157
E-Mail: haenisch@difu.de

Bestellung:
siehe Bestellschein



Entwicklungschancen europäischer Hauptstädte

Berlin – Helsinki – Stockholm

Der Umzug der Bundesregierung und des Bundestages nach Berlin und die damit verbundenen neuen Aufgaben und Funktionen als Hauptstadt stoßen nicht nur in Berlin selbst auf großes Interesse, sondern werden auch international aufmerksam verfolgt. Nicht zuletzt dieses internationale Interesse gab den Anstoß für die Hauptstädte Helsinki, Stockholm und Berlin, im Rahmen mehrerer internationaler Seminare über Aufgabenwahrnehmung und Entwicklungschancen zu diskutieren, Unterschiede und Ähnlichkeiten herauszuarbeiten und Erfahrungen zu vermitteln. Ausgehend von einer ersten Veranstaltung in Helsinki im November 1998 (unter anderem mit den Themenschwerpunkten „Nachhaltige Stadtentwicklung“ und „Stadt und Suburbanisation“) fand vom 8. bis 11. September 1999 im Deutschen Institut für Urbanistik das zweite Seminar statt, bei dem Berlin als „Hauptstadt im Werden“ im Vordergrund der Diskussionen stand. Schwerpunkte in Berlin waren dabei unter anderem die Themen „Wohnen und Arbeiten in der Stadt“ sowie „Hauptstadt und Kultur – Kultur in der Hauptstadt“. An der Berliner Veranstaltung nahmen rund 70 Vertreter und Vertreterinnen aus Kommunalpolitik und -verwaltung, Universitäten, wissenschaftlichen und kulturellen Einrichtungen dieser drei Städte teil.

In den Beiträgen und anschließenden Diskussionen wurde deutlich, daß das Verhältnis zwischen nationaler und internationaler Aufgabenwahrnehmung der Regierung und der lokalen kommunalen Selbstverwaltung nicht immer spannungsfrei ist und gerade in der Berliner Umbruch- und Neufindungsphase immer wieder neu definiert werden muß, letztlich aber doch regelbar ist (z. B. Standortfragen, Sicherheit, Verkehr). In jedem Fall bedarf es jedoch ständiger Absprachen bis hin zu finanziellen Ausgleichszahlungen an die Stadt wie auch zur Finanzierung kultureller Einrichtungen von nationaler und internationaler Bedeutung.

Wohnen und Arbeiten in der Stadt sind für alle drei Hauptstädte gleichermaßen von zentraler Bedeutung. Um Abwanderungen zu verhindern, müssen innovative Ansätze für attraktives Wohnen für die unterschiedlichen Bevölkerungskreise verfolgt wer-

den. Hier bedarf es in allen Städten neuer Ansätze und Ideen auch der Wohnungswirtschaft und Architektur. Voraussetzungen für zukunftsträchtige Arbeitsplätze sind vor allem die Förderung der Forschung sowie die frühzeitige Kooperation mit der Wirtschaft. Der „Wissenschaftspark Adlershof“ in Berlin kann als erfolgreiches Beispiel hierfür angesehen werden.

Neues Wohnen und Arbeiten in Berlin (neue Vorstadt Karow-Nord, die Entwicklungsmaßnahme Rummelsburger Bucht, Adlershof), wichtige kulturelle Einrichtungen wie das Kulturforum sowie verschiedene Großprojekte der „Hauptstadt im Werden“ waren schließlich Stationen einer ganztägigen Exkursion. In einer Abschlußdiskussion wurden von den Teilnehmerinnen und Teilnehmern die beeindruckende Dynamik der Stadtentwicklung in Berlin, die architektonische Vielfalt sowie die erkennbaren Entwicklungschancen und -potentiale Berlins hervorgehoben. Stockholms Vize-Bürgermeister Mikael Söderlund lud am Ende des Berliner Seminars zur nächsten Veranstaltung im September 2000 nach Stockholm ein. Die Berliner Veranstaltung wird dokumentiert, der Erscheinungstermin wird in den Berichten bekanntgegeben.

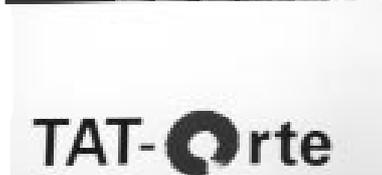
Weitere Informationen:
Dipl.-Soz. Robert Sander
Telefon: 030/39001-267
E-Mail: sander@difu.de



Dr. Friedemann Kunst von der Berliner Senatsverwaltung für Stadtentwicklung, Umweltschutz und Technologie (mit Zeigestock) erläutert das Konzept für den „Wissenschaftspark Adlershof“.
Photo: R. Sander

„TAT-Orte. Gemeinden im ökologischen Wettbewerb“

Bekanntgabe der diesjährigen Preisträger



Anlässlich der Preisverleihung in Potsdam hielten Jann Jakobs, Bürgermeister der Landeshauptstadt Potsdam,



Fritz Brickwedde, Generalsekretär der Deutschen Bundesstiftung Umwelt und



Dr. Rolf-Peter Löhr, Stellvertretender Institutsleiter des Deutschen Instituts für Urbanistik, die Eröffnungsreden.

Die „TAT-Orte 1999“ sind ermittelt. Fünf Gemeinden und Initiativen aus den neuen Bundesländern wurden beim diesjährigen Wettbewerb „TAT-Orte. Gemeinden im ökologischen Wettbewerb“ dafür prämiert, daß sie durch Eigeninitiative, Phantasie und Tatkraft beispielhafte Umweltideen in die Tat umsetzen, die gleichzeitig auch einen positiven ökonomischen und sozialen Beitrag leisten.

Die Ausschreibung „TAT-Orte. Gemeinden im ökologischen Wettbewerb“ ist ausgerichtet auf kleine, vor allem in ländlichen Gebieten gelegene Gemeinden der neuen Bundesländer. An dem jährlich durchgeführten Wettbewerb konnten sich Verwaltungen und Initiativen aus Gemeinden der neuen Bundesländer bis 10 000 Einwohner beteiligen, die innovative Ideen mit persönlichem Engagement verbinden und so zur Verbesserung der Lebensqualität ihrer Region beitragen. Beim – letzten offenen – Wettbewerb 1999 hatten sich insgesamt 105 Gemeinden und Initiativen beworben. Im Jahr 2000 werden alle Preisträger der vergangenen fünf Jahre nochmals „ins Rennen geschickt“, um dann schließlich die herausragendsten TAT-Orte des gesamten Wettbewerbs zu küren.

Insgesamt haben sich von 1995 bis 1999 mehr als 350 Gemeinden und Initiativen an der Ausschreibung beteiligt. Seit 1995, dem Beginn des jährlich durchgeführten Wettbewerbs, ist die Zahl der Bewerber stetig gestiegen. Dies zeigt nicht nur, daß der Bekanntheitsgrad von „TAT-Orte“ deutlich zugenommen hat, sondern auch, daß in den neuen Bundesländern beeindruckend viele und vielfältige Maßnahmen im Umweltschutz ergriffen wurden. Interesse an der Teilnahme haben auch zahlreiche Gemeinden in den alten Bundesländern bekundet, doch konnten diese aufgrund der Ausrichtung des Projekts auf die neuen Bundesländer bisher nicht berücksichtigt werden.

Um alle Bewerber auf ihrem Weg zu einer zukunftsfähigen, nachhaltigen Gemeinde zu unterstützen, ist es ein erklärtes Ziel des TAT-Orte-Wettbewerbs, über die öffentliche Anerkennung und Bekanntmachung guter Beispiele hinaus den Erfahrungsaustausch zwischen den Gemeinden und Initiativen zu fördern und themenspezifisches Wissen an Umweltak-



Hans-Jürgen Sickert für das Umweltzentrum Ökohof Auterwitz e.V.



Gudrun Holbe für die Gemeinde Donndorf



Günter Hippel für die Stadt Rehna



Beate Weber und Alexander Pilling für GRUND GENUG e.V. und die Gemeinde Reinstädt



Sigrid Krutz für Land in Sicht e.V. und die Gemeinde Wallmow

teure im ländlichen Raum zu vermitteln. Denn das Interesse an Ideen und Wegen der jeweils anderen Bewerber, auch derer, die nicht unter den Ausgezeichneten sind, ist groß. Schließlich gehen von diesen Nachweisen gelungener Eigeninitiative und erfolgreicher Praxis starke Impulswirkungen aus.

Daher ist auch die Förderung des interkommunalen Erfahrungsaustauschs eines der wichtigsten Ziele des TAT-Orte-Wettbewerbs, der damit für die systematische Vermittlung von Erkenntnissen und Erfahrungen zwischen den Gemeinden sorgt. Neben der Weitergabe der Buchdokumentationen an Gemeinden und Initiativen werden seit 1996 Veranstaltungen zum Erfahrungsaustausch und seit 1998 Fachtagungen durchgeführt. Diese finden in ausgewählten Preisträgerorten zu unterschiedlichen Themenschwerpunkten statt. Themen sind unter anderem umweltfreundliche Energieversorgung in Gemeinden, ökologisch orientierte Landwirtschaft und regionale Vermarktung, Lokale Agenda 21 oder ökologisch orientiertes Bauen. Zudem sind die TAT-Orte im Internet mit einem speziellen Informationsangebot vertreten.

Der nächste wichtige Baustein im Rahmen des Wettbewerbs wird in der Veröffentlichung spezieller Themenhefte bestehen, in welche auch Praxisbeispiele aus dem Erfahrungsschatz der Wettbewerbsteilnehmer einfließen werden. Damit kann ein weiterer wesentlicher Beitrag zum Erfahrungstransfer und zur Vernetzung zwischen den Akteuren geleistet werden.

Die Preisträgerinnen und Preisträger und vor allem auch die Vielzahl der Teilnehmerinnen und Teilnehmer beweisen, daß es nicht allein die spektakulären Großprojekte sind, mit denen entscheidende Beiträge zur Verbesserung von Umwelt- und Lebensqualität geleistet werden. Gerade die vielen kleineren Aktivitäten stellen wirkungsvolle Lösungsansätze dar und sind, besonders in der oft praktizierten Bündelung unterschiedlicher Ansätze, unverzichtbar, wenn es darum geht, daß möglichst viele Menschen Verantwortung für ihre Umwelt übernehmen und auf ihrer jeweiligen lokalen Ebene innovativ und konstruktiv handeln.

Positive Praxisbeispiele machen Mut, selbst die Initiative zu ergreifen und Ideen zu verwirklichen. Dazu bieten die TAT-Orte der bisher durchgeführten Wettbewerbe vielfältige Anregungen. Sie dokumentieren in eindrucksvoller Weise, daß durch die konsequente Berücksichtigung von Umweltbelangen bei Planung und Durchführung unterschiedlichster Vorhaben auch ökonomische und soziale Vorteile erzielt werden können. Beispiele hierfür sind die umweltschonende Energieversorgung, die neue Arbeitsplätze in der Region geschaffen hat, oder die ökologisch orientierte Abwasserreinigung, die für die ländliche Bevölkerung kostengünstiger sein kann als eine herkömmliche Form der Abwasserentsorgung, die ökologisch orientierte Landwirtschaft und die effiziente regionale Vermarktung ihrer Produkte oder die Realisierung umweltfreundlicher Demonstrationsanlagen, die gleichzeitig der Umweltbildung und dem Betrieb von Gebäuden dienen.



Die „TÄTer“ 1999



Das Torhaus, mit umweltfreundlichen Baustoffen rekonstruiert. Photo: D. Brandt

Preisverleihung in Potsdam

Die Auszeichnungen wurden am 26. September 1999 im Rahmen einer Festveranstaltung in Potsdam vom Generalsekretär der Deutschen Bundesstiftung Umwelt, Fritz Brickwedde, und der Projektleiterin im Deutschen Institut für Urbanistik, Cornelia Rösler, überreicht. „Ich bin der festen Überzeugung, daß die heutige Auszeichnung an fünf beispielgebende Gemeinden und Initiativen zu einem breiten Ideentransfer führt. Außerdem wird sie helfen, die Diskrepanz zwischen entwickeltem Umweltbewußtsein und konkretem Umwelthandeln durch konstruktive, positive Beispiele zu überwinden,“ erklärte Fritz Brickwedde.



Schafe beweiden die Donndorfer Streuobstwiesen. Photo: Susanne Schleyer

Neben der Urkunde erhielten die Preisträger eine reichbebilderte Buchdokumentation und einen Videofilm, die ausführlich über die prämierten „TAT-Orte“ informieren. Parallel dazu wurde eine Ausstellung über die ausgezeichneten „TAT-Orte“ präsentiert. „Wir hoffen, daß wir mit der heutigen Preisverleihung, den Buchdokumentationen, der Ausstellung und dem Video Grundsteine für neue Ziele und neue Taten legen können, bei den Preisträgern ebenso wie bei all denjenigen, die wir zur Nachahmung anregen wollen“, so Cornelia Rösler.

Die „TAT-Orte“-Preisträger 1999

Umweltzentrum Ökohof Auterwitz e.V.

Das Dorf Auterwitz liegt im Landkreis Döbeln am Rande der Lommatzcher Pflege, der Kornkammer Sachsens. Es ist umgeben von weiträumigen, intensiv bewirtschafteten Ackerbauflächen. Nach der Wende und dem anschließenden Niedergang der Landwirtschaftlichen Produktionsgenossenschaft (LPG) war das Dorf dem Verfall preisgegeben.

Der im Jahr 1991 gegründete Verein Umweltzentrum Ökohof Auterwitz, der von sieben vormals in der Landwirtschaft tätigen und im ehrenamtlichen Natur- und Umweltschutz aktiven Personen gegründet wurde, hat sein Ziel, das Dorf wieder mit Leben zu erfüllen, konsequent und mit viel Engagement in die Tat umgesetzt. Stark verfallene und unter Denkmalschutz stehende Vierseithöfe wurden nach energieökologischen und baubiologischen Kriterien wieder aufgebaut und einer neuen Nutzung zugeführt, Arbeitsplätze beispielsweise im Lehm- und in der Landschaftspflege geschaffen, die naturnahe Abwasserreinigung durch Pflanzenkläranlagen für den gesamten Ort realisiert. Zudem widmet sich der Verein intensiv der Umweltbildung und Umwelterziehung. So zieht ein vielfältiges und phantasievolles Angebot von Projekttagen und Exkursionen zu Themen des Natur- und Umweltschutzes jährlich über 5000 Kinder und Jugendliche von nah und fern nach Auterwitz. „Vermitteln wollen wir, welche Wissensvielfalt und Genialität sich hinter alten Handwerks-techniken verbirgt und daß die Achtung vor den Werten, die die Menschen und die Natur Generationen vor uns geschaffen haben, nicht ‚Zurück in die Steinzeit‘ bedeutet“, so Holger Vogel, Vereinsvorsitzender des Umweltzentrums Ökohof Auterwitz.

Gemeinde Donndorf

Die etwa 900 Einwohner zählende Gemeinde Donndorf liegt im nordthüringischen Kyffhäuserkreis zwischen der Unstrutniederung und dem bewaldeten

Höhenzug der Hohen Schrecke. Seit der Wende hat sich im Ort eine kontinuierliche Entwicklung hin zu einem umweltgerechten Standort von Wohnen, Arbeiten, Tourismus, Freizeit und Bildung im ländlichen Raum vollzogen. Dabei haben Gemeinde, Vereine, Bevölkerung und Unternehmen gemeinsam die Defizite, die aus früherer militärischer und landwirtschaftlicher Nutzung sowie dem Verfall der Infrastruktur resultierten, überwunden.

In Donndorf werden Maßnahmen der Dorferneuerung und Aktivitäten zur Erhaltung von Kulturlandschaft und dörflicher Siedlungsstruktur sinnvoll miteinander verknüpft. Gleichzeitig wurden durch die Ansiedlung von Gewerbe und Handwerk über 400 Arbeitsplätze im Dorf erhalten oder neu geschaffen. „Die sozialökologische Gemeindeentwicklung ist nicht von der wirtschaftlichen Entwicklung des Ortes zu trennen. Um die Wohnqualität für unsere Bürger zu bewahren und zu verbessern, müssen die Bedingungen für Arbeit vor Ort geschaffen werden“, erklärte Gudrun Holbe, Bürgermeisterin von Donndorf.

Die Dorfgemeinschaft entwickelt in Vereinen vielfältige Initiativen auf ökologischem, sozialem und kulturellem Gebiet. Sichtbare Erfolge des gemeinsamen Handelns sind die Wiederherstellung wertvoller Bausubstanz im Dorf, die Renaturierung von Gewässern, die geregelte Abwasserentsorgung, Baumpflanzungen in der Feldflur sowie Bildungsangebote von Unternehmen und einer Heimvolkshochschule.

Stadt Rehna

Die 2755 Einwohner zählende Kleinstadt Rehna liegt in der landschaftlich reizvollen Radegastniederung in Nordwestmecklenburg unweit des Biosphärenreservats Schaalsee.

Nach dem Willen der Rehnaer Akteure soll die Stadt wieder ein Zentrum von Produktion, Handel und Dienstleistungen für die umliegenden Orte werden.

Der Erhalt und die Entwicklung des Radegasttals stehen im Mittelpunkt zahlreicher Aktivitäten auf dem Weg zur Ökoregion Radegast, in der Vorhaben mit wirtschaftlichen, ökologischen und sozialen Zielstellungen umgesetzt werden sollen. „Als nördliches Tor ins Biosphärenreservat Schaalsee, einem einzigartigen Raum von Natur und Landschaft entlang der ehemaligen innerdeutschen Grenze, fühlen wir uns dem Biosphärengedanken und dem Prozeß der Lokalen Agenda 21 eng verbunden“, betonte Günter Hippel, Bürgermeister der Stadt Rehna.



Guck mal: Natur! Umwelterziehung in Rehna. Photo: Angelika Fischer

Viele Projekte der zurückliegenden Jahre können die Rehnaer auf der ökologischen Habenseite verbuchen: die umwelt- und denkmalgerechte Wiederherstellung des historischen Stadtkerns, die geregelte Abwasserentsorgung, den Erhalt und die Entwicklung des Radegasttals sowie von Teichen und artesischen Brunnen, die praktische Umwelterziehung in Kindertagesstätte und Schule oder die „öko-börse“ zum Absatz ökologisch und regional erzeugter Produkte.

Rehnas Erfolgsrezept besteht in der aktiven Einbeziehung von Bevölkerung, Schulen, Unternehmen, Vereinen und anderen Gemeinden. Dabei kommt es den Rehna-



Probieren und Kaufen. Regionale Produkte vom Reinstädter Landmarkt. Photo: Thomas Preuß



Der Kommunikationspavillon auf dem Wendtshof in Wallmow. Photo: Uwe Rogal

ern auch zukünftig weniger auf spektakuläre Großvorhaben, sondern eher auf die Kontinuität der kleinen Schritte an.

GRUND GENUG e.V. und Gemeinde Reinstädt

GRUND GENUG e.V. mit Sitz in Röttelmisch und die etwa 600 Einwohner zählende Gemeinde Reinstädt sind im Reinstädter Grund, einem etwa 15 Kilometer langen Seitental der Saale im thüringischen Saale-Holzland-Kreis, angesiedelt.

Mit dem Ziel einer eigenständigen Regionalentwicklung schlossen sich über 30 Akteure des Reinstädter Grunds und Ostthüringens zu einem Netzwerk von GRUND GENUG e.V. und der Interessengemeinschaft Reinstädter Landmarkt zusammen: Handwerksunternehmen, Ingenieurbüros, Landwirtschaft, Tourismusbetriebe, Bildungseinrichtungen und viele andere. Gemeinsam entwickeln und vermarkten sie regionale Produkte und Dienstleistungen. „Wir sind dabei, Schritt für Schritt Wege einer eigenständigen, umweltschonenden und nachhaltigen Regionalentwicklung zu erkunden. Dabei legen wir Wert darauf, Projekte so zu entwickeln, daß alle Beteiligten einen gegenseitigen Vorteil erlangen“, erläuterte Alexander Pilling, Vorsitzender von Grund Genug e.V.

Weitere Informationen:
Dipl.-Ing. Cornelia Rösler
Telefon: 39001-244
Telefax: 39001-241
E-Mail: roesler@difu.de
<http://www.difu.de/tatorte/>

Das Netzwerk, in dem wirtschaftliche, ökologische und soziale Aspekte gleichermaßen berücksichtigt werden, wird durch die Gemeinde Reinstädt tatkräftig unterstützt. So hat sich in kurzer Zeit der Reinstädter Landmarkt, der regelmäßig durchgeführt

wird, zu einer bekannten regionalen Leistungsschau entwickelt. Wasserkraftanlagen konnten reaktiviert oder neu gebaut werden, der Streuobstanbau wird gefördert, regionale Verarbeitungsstrukturen entstanden, touristische und Bildungsangebote wurden entwickelt, Umwelterfahrungen vermittelt.

Land in Sicht e.V. und Gemeinde Wallmow

Die landwirtschaftlich geprägte Gemeinde Wallmow liegt in einem strukturschwachen Raum in der nordöstlichen Uckermark im Land Brandenburg. Auf Initiative vieler Menschen sind hier Projekte entstanden, die verschiedene Ansätze einer umweltgerechten und nachhaltigen Siedlungsentwicklung vermitteln.

Land in Sicht e.V. arbeitet mit Menschen, die in psychiatrischer Behandlung waren. Der Verein verbindet diese Arbeit ganz bewußt mit einem konsequent ökologischen Anspruch bei der Neugestaltung des vom Verfall bedrohten Gutshofs im Ortsteil Wendtshof. „Über unserer Arbeit steht das Motto: Soziale Zusammenhänge schaffen und gemeinsam Natur erhalten“, so Johann Luger von Land in Sicht e.V.

Aus der ehemaligen LPG sind zwei Landwirtschaftsbetriebe entstanden, die 1 200 Hektar ökologisch bewirtschaften. Außer diesen beiden Akteuren hat sich eine Reihe weiterer ökologisch ausgerichteter Initiativen und Betriebe angesiedelt – eine Drechslerei, eine Vollholztischlerei, die Firma Phytobacter, die Präparate für die Öko-Landwirtschaft entwickelt, und die Freie Schule, in der Kinder in Anlehnung an Montessori-Pädagogik lernen. Sie alle arbeiten auf unterschiedlichen Kooperationssebenen sehr eng zusammen und haben dem Dorf nicht nur einen „ökologischen Stempel“ aufgedrückt, sondern auch zum Aufbau neuer sozialer Strukturen und kultureller Aktivitäten in dieser ländlichen Region beigetragen.



Difu-Datenbanken im Internet

Neuer Sonderservice für Difu-Zuwender

Seit rund 25 Jahren unterhält das Difu ein kommunales Informationssystem. Die Datenbanken ORLIS und DEMOS bilden die Grundlage hierfür. Die ORLIS-Datenbank dient dabei dem Literarnachweis, die DEMOS-Datenbank dem Nachweis kommunaler Umfragen. Bisher konnten die Datenbanken nur „offline“ durch schriftliche Anfragen, über Disketten, gedruckte Dienste oder über die CD-ROM URBA-DISC genutzt werden.

Um einem von den Difu-Zuwendern vielfach geäußerten Wunsch nachzukommen, entwickelte das Difu im Laufe dieses Jahres eine Datenbank-Suchmaschine für das Internet. Im Rahmen der Jahresversammlung der Deutschen Städtestatistiker wurde bereits im April ein erster Prototyp vorgestellt und stieß auf großes Interesse. Im September folgte ein Test der Online-Datenbanken durch ausgewählte kommunale Nutzer. Nach „bestandener Prüfung“ stellt das Difu diesen Online-Service nun ab November seinen rund 140 Zuwendern kostenlos zur Verfügung.

Die Difu-Online-Datenbanken sind erste Bausteine des Difu-Extranet, das eine kostenlose Nutzung nur für Zuwender im Passwort-geschützten Bereich des Difu-Internetangebots ermöglicht (Web-Adresse: <http://www.difu.de/extranet/>). Damit eröffnet ein umfangreiches und in Deutschland einmaliges kommunales Informationsangebot seine „Online-Pforten“.

Die Datenbanken ORLIS und DEMOS orientieren sich am kommunalen Interesse und sollen den kommunalen Erfahrungsaustausch unterstützen. Daher enthalten sie Informationen, die in anderen Datenbanken nicht zu finden sind, darüber hinaus entsteht kein „Ballast“ durch kommunal Unrelevantes.

Der neue Difu-Service eröffnet für Rat und Verwaltung einen unmittelbaren Zugang zu ORLIS, dem umfassenden kommunalen Literaturinformationssystem:

- über 210 000 Literaturquellen – Zeitschriftenartikel, Bücher, Berichte und vor allem Materialien aus den Kommunalverwaltungen. In jedem Jahr wächst ORLIS um 8 000 bis 10 000 neue Quellen.

- Abgedeckt werden alle Themenbereiche, die für Kommunalverwaltungen relevant sind: Stadtplanung, Regionalplanung, Verkehr, Umwelt, Ver- und Entsorgung, Bauplanung, Wohnen, Wirtschaft, Soziales, Jugend, Kultur und natürlich Politik, Verwaltung, Recht und Finanzen.
- Quellen sind nicht nur bibliographisch erfaßt, sondern enthalten Informationen geographischer Art bzw. einen Ortsbezug sowie Stichworte zum Inhalt. Kurzfassungen geben einen vertiefenden Einblick.

DEMOS, das Nachweissystem über durchgeführte Befragungen der Kommunen richtet sich ebenfalls an die kommunale Zielgruppe. Von besonderer Bedeutung ist DEMOS auch für Städtestatistiker.

- DEMOS umfaßt derzeit Kurzbeschreibungen von rund 1 300 Befragungen aller Art (z.B. Bürger-, Kunden-, Mitarbeiterbefragungen) aus allen kommunalen Handlungsfeldern.
- Die steckbriefartigen Beschreibungen informieren über das jeweilige Ziel der Befragung sowie über deren organisatorische und methodische Besonderheiten.

Die bisherige Nutzungspraxis zeigt, daß DEMOS besonders häufig zur Vorbereitung von Befragungen genutzt wird (z.B. Suche nach Vergleichsstädten und -erfahrungen, Verwertung bereits erprobter Fragebogen).

Weitere Informationen:
Susanne Plagemann, M.A.
Telefon: 030/39001-274
E-Mail: plagemann@difu.de
<http://www.difu.de/extranet/>

Beispiel 1:

Eine Stadt plant, eine Baumschutzsatzung aufzustellen. Zur Vorbereitung werden in ORLIS Hintergrundinformationen und Satzungen gesucht.

Die einfache und schnelle Suche ergibt 135 „Treffer“, die nun in einer Liste, nach Aktualität sortiert, angezeigt werden. Zu jeder Quelle können weitere Details angezeigt werden. Einzelne Veröffentlichungen können dann über die Verwaltungsbibliothek beschafft oder kopiert werden. Wo dies nicht möglich ist, gibt ORLIS Hinweise auf Bibliotheken, die ausleihen oder kopieren.

Beispiel 2:

Eine Stadt möchte im Rahmen der Verwaltungsmodernisierung eine Kundenbefragung durchführen. Hierfür sucht sie Beispiele aus anderen Städten.

Hier liefert DEMOS zur Zeit 34 Steckbriefe von entsprechenden Umfragen. Hintergrundmaterial (Fragebogen, Ergebnisse) zu den einzelnen Befragungen kann über das Difu bezogen werden.

Welche Vorteile bringen die Online-Recherchen für die praktische Arbeit?

In den Online-Datenbanken kann rund um die Uhr recherchiert werden. Das vereinfacht die Informationsgewinnung für die Ämter und erlaubt ein schnelles Reagieren auf aktuelle Informationsbedürfnisse in der Verwaltung. So kann es bei vielen Fragestellungen sinnvoll sein, eine Datenbankrecherche durchzuführen, z.B. um Hintergrundinformationen zu erhalten, eine Rede oder eine Veröffentlichung vorzubereiten, Beispiele aus anderen Kommunen für die eigene Arbeit zu nutzen oder vertiefende Literatur zur Einarbeitung in ein neues Thema zu finden.

Online-Zugang zu ORLIS und DEMOS

Die technische Voraussetzung ist ein Internetzugang mit einem gängigen Internet-Browser (z.B. MS Internet Explorer oder Netscape Communicator). Mitarbeiter, Räte und Fraktionen der Difu-Zuwendner können ab sofort den kostenlosen Zugang beantragen. Das Difu vergibt ein Passwort für den Zugang zum Extranet-Bereich. Mit diesem Passwort kann man sich jederzeit in die Datenbanken einloggen und recherchieren.

Die Suchmöglichkeiten

Die Recherche erfolgt über eine Suchmaske, in die man die gewünschten Stichwörter eingibt. Eine Detailsuche über spe-

zifische Felder und mit Kombination von Begriffen erbringt genauere Ergebnisse. Die Suche wird dann im kompletten Datenbestand durchgeführt, das heißt

- bei ORLIS in rund 210 000 Literaturquellen,
- bei DEMOS in mehr als 1 300 Umfragesteckbriefen.

Die einzelnen Nachweise enthalten bibliographische Angaben, inhaltliche Beschreibungen (Stichworte, geographischer Bezug, z.T. Kurzreferate) und den Nachweis einer Bibliothek, bei der die Ausleihe oder Kopien möglich sind.

Jede Suche kann sukzessive weiter verbessert werden, so wird ein immer genaueres Rechercheergebnis erreicht. Der Ausdruck der gefundenen Informationen erfolgt über den Webbrowser.

Weitere Informationen finden Sie unter der WWW-Adresse:

<http://www.difu.de/extranet/>

Hier gibt die Rubrik „FAQs“ (Frequently Asked Questions) Tips und Tricks zum Umgang mit ORLIS und DEMOS. Eine Seite mit Bibliotheksadressen und eine Zeitschriftenliste runden das Angebot ab.



Forum Stadtökologie

Erstmals seit drei Jahren liegt den Difu-Berichten nicht mehr der Info-Dienst „Forum Stadtökologie“ bei. Das gleichnamige Projekt des Difu läuft zum Jahresende aus. Informationen zum Projekt und zum Förderschwerpunkt „Ökologische Konzeptionen für Städte“ des Bundesministeriums für Bildung und Forschung werden jedoch weiterhin über die Internet-Homepage des Difu zugänglich sein (<http://www.difu.de/stadtoekologie>).

Für Kommunen, die keinen Internet-Zugang haben, erscheint im Herbst 1999 die 3. Auflage der CD-ROM „Stadtökologie“, auf der rund 9 000 Literaturhinweise zum Thema „Stadtökologie“ zu finden sind.

Weitere Informationen:
Dipl.-Sozialökonom Jens Libbe
Telefon: 030/39001-115
E-Mail: libbe@difu.de



Kommunalwissenschaftliche Prämienausschreibung 1999

Die Stiftung der deutschen Städte, Gemeinden und Kreise in Verbindung mit der Carl und Anneliese Goerdeler-Stiftung vergibt Prämien für hervorragende Abhandlungen, insbesondere Dissertationen, aus folgenden Disziplinen:

- Kommunalpolitik und -verwaltung (Carl Goerdeler-Preis);
- Kommunal-, Bau- und Planungsrecht;
- Sozialpolitik, Kulturpolitik, neuere Stadtgeschichte;
- Wirtschafts- und Finanzwissenschaften;
- Räumliche Planung und Stadtbauwesen.

Die Ausschreibung wendet sich an Studierende, Doktoranden, Absolventen, Assistenten und Wissenschaftler der Universitäten und Hochschulen und ruft sie auf, sich zu bewerben. Der Gesamtbetrag für die Ausschreibung wurde auf 20 000,- DM festgesetzt. Prämiiert werden deutschsprachige Abhandlungen, die kommunalwis-

senschaftlich von besonderem Wert sind und der Praxis der kommunalen Selbstverwaltung in Deutschland neue Erkenntnisse vermitteln. Die Preisträger erhalten eine Urkunde; ihre Namen werden im „Archiv für Kommunalwissenschaften“ und in den Zeitschriften der kommunalen Spitzenverbände veröffentlicht.

Letzter Abgabetermin ist der 31. Januar 2000 (Poststempel).

Die Prämienvergabe ist bis Ende 2000 vorgesehen. Ein *Informationsblatt* mit genaueren Angaben zum Verfahren erhalten Sie beim

**Deutsches Institut für Urbanistik
– Prämienausschreibung –
Regina Haschke
Straße des 17. Juni 112
10623 Berlin
Telefon: 030/39001-215
Telefax: 030/39001-216
E-Mail: haschke@difu.de**

Seminarbegleitende Bibliographien

Neuerscheinung:

Kommunalwirtschaft – Beteiligungs- politik – Controlling

Bibliographie zum Difu-Seminar „Was wird aus der Kommunalwirtschaft?“ vom 18. bis 21. Oktober 1999. *Recherche-Suchbegriffe*: Kommunale Energie-, Wasser-, Abfallwirtschaft; Kommunalwirtschaft und Kommunalverfassung; Beteiligungspolitik; Controlling. Ca. 100 S., Heft 7/99, 30,- DM

Folgende Bibliographien sind zur Zeit noch lieferbar:

Personalentwicklung, Personalma- nagement und Leistungsanreize

(Heft 6/99, 30,- DM)

Kommunales Haushalts- und Rech- nungswesen

(Heft 5/99, 30,- DM)

Neues Steuerungsmodell – Budgetierung

(Heft 4/99, 30,- DM)

Kommunale Öffentlichkeitsarbeit – Bürgerorientierung – Neue Medien

(Heft 3/99, 30,- DM)

Korruption – Bestechlichkeit – Vorteilsnahme

(Heft 2/99, 25,- DM)

Nachhaltige Stadtentwicklung – Lokale Agenda 21

(Heft 1/99, 30,- DM)

Weitere Informationen:

Dipl.-Ing.

Heidrun Kunert-Schroth

Telefon: 030/39001-297

E-Mail: kunert-schroth@difu.de

Bestellung:

Telefax: 030/39001-275

E-Mail: verlag@difu.de

I M P R E S S U M I M P R E S S U M

Herausgeber

Deutsches Institut für Urbanistik
Straße des 17. Juni 112
D-10623 Berlin

Redaktion und Layout

Katrin Fleischer (Praktikantin)
Ulrike Freiwald (Praktikantin)
Patrick Dieckmann
Cornelia Schmidt
Sybille Wenke-Thiem (v.i.S.d.P.)

Photos

J. Wermann, Würker, D. Brandt,
S. Schleyer, A. Fischer, T. Preuß,
U. Rogal

DTP

Rolando A. Laube
Eva Hernández

Buchbestellungen bitte nur schriftlich an:

Telefax: 030/39001-275
E-Mail: verlag@difu.de
Telefon: 030/39001-256/-253

Pressestelle

Telefon: 030/39001-208/209
Telefax: 030/39001-130
E-Mail: pressestelle@difu.de
Internet: <http://www.difu.de>

Erscheinungsweise

vierteljährlich

Druck

Druckerei Wilhelm Schwarz KG

Abdruck

Frei – Belegexemplar(e) erbeten

Die „Berichte“ werden auf chlorfrei gebleichtem Papier gedruckt.

Schriften des Deutschen Instituts für Urbanistik

- __Expl. **Kontrast und Parallele – kulturelle und politische Identitätsbildung ostdeutscher Generationen**
Von Albrecht Göschel
1999. Bd. 91. 348 S.
DM 58,-, ISBN 3-17-016292-6
! Bestellungen nur über den Verlag W. Kohlhammer:
Telefon: 0711/7863-280
● Telefax: 0711/7863-430

Difu-Beiträge zur Stadtforschung

- __Expl. **Ökologisch orientierte Wirtschaftspolitik – ein neues kommunales Handlungsfeld**
Von Beate Hollbach-Grömig
1999. Bd. 29. 264 S., 8 Abb., 12 Tab., 9 Übersichten
DM 48,-, ISBN 3-88118-285-3
- __Expl. **Grundlagen und Arbeitshilfen städtischer Denkmalpflege in Deutschland**
Von Claus-Peter Echter
1999. Bd. 28. 232 S., 26 Abb., 20 Übersichten
DM 58,-, ISBN 3-88118-281-0
- __Expl. **Zwischen Überforderung und Selbstbehauptung – Städte unter dem Primat der Ökonomie**
Hrsg. von Heinrich Mäding
1999. Bd. 27. 229 S.
DM 46,-, ISBN 3-88118-275-6
- __Expl. **Wirtschaftsverkehr, Stadtentwicklung und politische Regulierung**
Zum Strukturwandel in der Distributionslogistik und seinen Konsequenzen für die Stadtplanung
Von Markus Hesse
1998. Bd. 26. 369 S., 38 Tab., 33 Abb., 9 Übersichten
DM 69,-, ISBN 3-88118-243-8
- __Expl. **Stadtmarketing – eine kritische Zwischenbilanz**
Von Busso Grabow, Beate Hollbach-Grömig
1998. Bd. 25. 218 S., 36 Abb., 4 Tab., 10 Übersichten
DM 52,-, ISBN 3-88118-252-7

Materialien

- __Expl. **Städtebauliche Großvorhaben in der Umsetzung**
Hrsg. von Arno Bunzel und Robert Sander
Bd. 6/99. 158 S. Schutzgebühr DM 45,-
ISBN 3-88118-289-6
- __Expl. **Private Wohnungsmodernisierung in Stadterneuerungsgebieten ostdeutscher Städte**
Von Claus-Peter Echter, Thomas Franke und Klaus Mittag
Bd. 5/99. 145 S. Schutzgebühr DM 35,-
ISBN 3-88118-284-5

- __Expl. **Zukunft der Deponierung von Abfällen und der wirtschaftlichen Betätigung in den Kommunen**
Hrsg. von Gerd Kühn und Stephan Tomerius
Bd. 4/99. 160 S. Schutzgebühr DM 40,-
ISBN 3-88118-282-9

- __Expl. **Probleme der Stadtentwicklung und Kommunalpolitik 1998**
Ergebnisse einer Panelbefragung bei kommunalen Stadtentwicklungsplanern
Bearb. von Michael Bretschneider
Bd. 3/99. 104 S. Schutzgebühr DM 35,-
ISBN 3-88118-280-2

Arbeitshilfen

- __Expl. **Bauleitplanung und Flächenmanagement bei Eingriffen in Natur und Landschaft**
Von Arno Bunzel
1999. 209 S., mit Tips, Beispielen und Hinweisen zu Urteilen sowie Literatur
Schutzgebühr DM 55,-
ISBN 3-88118-279-9
- __Expl. **Das Verfahren zur Aufstellung eines Bebauungsplans**
2. Auflage unter Berücksichtigung des novellierten Baugesetzbuchs 1998
Von Horst O. Taft, Marie-Luis Wallraven-Lindl
1998. 149 S., Schutzgebühr DM 45,-
ISBN 3-88118-254-3
- __Expl. **Neuerungen im Baugesetzbuch 1998 – kommentiert für die Praxis**
Von Arno Bunzel u.a.
1998. 186 S., mit Tips, Beispielen und Hinweisen zu Urteilen sowie Literatur
Schutzgebühr DM 52,-
ISBN 3-88118-250-0

Umweltberatung für Kommunen

- __Expl. **Kommunale Umweltberichte**
Hrsg. vom Deutschen Institut für Urbanistik (Projektleitung Cornelia Rösler)
1999. 876 S., Schutzgebühr DM 78,- (DM 58,- NBL)
ISBN 3-88118-283-7
- __Expl. **Energie-Tische zum Klimaschutz**
Erfolg durch Zusammenarbeit
Von Annett Fischer, Dagmar Hänisch, Thorsten Pinkepank
1999. 146 S., Schutzgebühr DM 35,-
ISBN 3-88118-286-1

Bitte senden Sie mir ein Verzeichnis aller lieferbaren Difu-Publikationen zu (kostenfrei).

Vorname und Name: _____

Dienststelle/Institution: _____

Adresse: _____

Telefon/Telefax/E-Mail: _____

Datum/Unterschrift/Stempel: _____